

## RESEARCH REPORT SERIES

IZA Research Report No. 102

# **Wirtschaftliche Effekte der EU-Arbeitskräftemobilität in den Ziel- und Herkunftsländern**

Ein kurzer Literaturüberblick

**Holger Bonin** (IZA und Universität Kassel)

**Annabelle Krause-Pilatus** (IZA)

**Ulf Rinne** (IZA)

**Herbert Brücker** (Humboldt-Universität Berlin und IAB)

OKTOBER 2020



# FORSCHUNGSBERICHT

554

## Wirtschaftliche Effekte der EU-Arbeitskräftemobilität in den Ziel- und Herkunftsländern

Ein kurzer Literaturüberblick

# Wirtschaftliche Effekte der EU-Arbeitskräftemobilität in den Ziel- und Herkunftsländern

## Ein kurzer Literaturüberblick

Holger Bonin (IZA & Universität Kassel)

Annabelle Krause-Pilatus (IZA)

Ulf Rinne (IZA)

Herbert Brücker (Humboldt-Universität & IAB)

August 2020

Erstellt im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

Die Durchführung der Untersuchungen sowie die Schlussfolgerungen aus den Untersuchungen sind von den Auftragnehmern in eigener wissenschaftlicher Verantwortung vorgenommen worden. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales übernimmt insbesondere keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Untersuchungen.

## Kurzbeschreibung

Die freie Mobilität von Arbeitnehmern ist ein Kernelement des europäischen Binnenmarktes. Sie birgt Potenziale, einen Beitrag zur Aufwärtskonvergenz der Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu leisten. Es gibt aber auch Befürchtungen, dass die EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung einzelner Mitgliedstaaten mehr schadet als nützt, und dass die Wohlfahrtseffekte freier Arbeitskräftemobilität zwischen den Mitgliedstaaten, aber auch innerhalb dieser, sehr ungleich verteilt sind.

Vor diesem Hintergrund vermittelt diese Literaturstudie einen Überblick über den aktuellen Wissensstand zu den Auswirkungen der freien Mobilität von Arbeitnehmern in der EU auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Der Blick richtet sich dabei sowohl auf die Ziel- als auch die Herkunftsländer der Arbeitskräfte, die die EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit für sich in Anspruch nehmen. Der Schwerpunkt des Überblicks liegt auf volkswirtschaftlichen Studien mit einer empirischen Ausrichtung; allerdings werden auch wichtige theoretische Aspekte in die Darstellung einbezogen. Der Überblick deckt fünf verschiedene Dimensionen ab, die in den Debatten über die wirtschaftliche und soziale Konvergenz der Mitgliedstaaten wesentlich sind, und die in der Migrationsforschung gründlich analysiert worden sind: Arbeitsmarktwirkungen, Wachstums- und Produktivitätseffekte, Brain Drain und Brain Gain, fiskalische Effekte, sowie soziale und gesellschaftliche Folgen.

Aus dem Stand der Forschung lassen sich einige vorsichtige allgemeine Schlussfolgerungen ziehen. Was den Arbeitsmarkt betrifft, kommen die Vorteile der Arbeitnehmerfreizügigkeit primär den mobilen Arbeitskräften selbst zugute. Oft befürchtete Verdrängungseffekte bei einheimischen Arbeitnehmern erscheinen meist nur schwach ausgeprägt. Wo sie auftreten, sind allerdings eher ohnehin gefährdete Gruppen von Arbeitnehmern betroffen. Die freie Mobilität der Arbeitnehmer dürfte die Wirtschaftsleistung der EU als Ganzes bislang erhöht haben. Sie hat die Wachstumsmuster allerdings wahrscheinlich zu Ungunsten osteuropäischer Mitgliedstaaten verschoben, die mehr Arbeitskräfte abgeben als aufnehmen. Hinsichtlich der fiskalischen Nettobilanz der Arbeitsmigration zeichnen sich analoge Schlussfolgerungen ab. Dass die stärkeren sozialen Netze in der EU-15 wie ein Wohlfahrtsmagnet auf Arbeitnehmer aus der EU-10 wirken, stützen ländervergleichende Analysen bisher nicht.

Diese Befunde zeigen, dass bei der Diskussion um die wirtschaftlichen und sozialen Effekte der Arbeitnehmerfreizügigkeit in Europa Verteilungsfragen hohe Aufmerksamkeit verdienen. Um effiziente Mechanismen zu entwickeln, mit denen die mit der freien Mobilität der Arbeitnehmer für den Europäischen Wirtschaftsraum als Ganzes gewonnenen Vorteile so umverteilt werden können, dass die wirtschaftliche und soziale Aufwärtskonvergenz der Mitgliedstaaten zunimmt statt abnimmt, ist jedoch noch viel besser gesicherte Evidenz über die vielfältigen Folgen der EU-Binnenmigration erforderlich.

## Abstract

Free worker mobility is a core element of the Single European Market. It bears the potential to help promote upward convergence of the member states of the European Union. However, there are also fears that the EU's free movement of workers may be more harmful to the economic and social development of individual member states than beneficial and that the welfare effects of the free mobility of workers are spread very unevenly between, but also within, member states.

Against this background, this survey of literature provides an overview of the current state of knowledge about the impact of intra-EU worker mobility on economic and social developments. The focus is on both the receiving and sending states that make use of the EU's free movement of workers. The survey concentrates on research in the realm of economics with an empirical orientation. However, key theoretical arguments are included as well. The survey covers five different dimensions that are essential in the debates on the economic and social convergence of the member states and that have been analysed thoroughly in migration-related research: Labour market effects, growth and productivity effects, brain drain and brain gain, fiscal effects as well as social effects.

Based on the state of research, some general conclusions may be drawn cautiously. As regards the labour market, it is primarily the mobile workers themselves who benefit from the advantages of the free movement of workers. Often-feared crowding-out effects to the detriment of domestic workers appear to be relatively weak in most cases. Where they occur, they tend to affect groups of workers who are already at risk. The free mobility of workers is likely to have increased the economic performance of the EU as a whole. However, it has probably caused a shift in growth patterns to the disadvantage of East European member states that send more workers abroad than they take in. As regards the fiscal net balance of labour migration, analogous conclusions can be drawn. The idea that the stronger social security nets in the EU-15 act as a welfare magnet for workers from the EU-10 is not supported by comparative country analyses so far.

These findings show that it is important to pay attention to distribution-related issues when discussing the economic and social effects of the free movement of workers in Europe. More sound evidence of the diverse consequences of intra-EU migration is needed, however, to develop efficient mechanisms that help to redistribute the overall gains from free worker mobility in the European Economic Area in such a way that the economic and social upward convergence of member states increases rather than decreases.

## ***Inhaltsverzeichnis***

<b><i>Abkürzungsverzeichnis</i></b>	<b>6</b>
<b><i>Glossar</i></b>	<b>6</b>
<b>1. Einleitung</b>	<b>7</b>
<b>2. Arbeitsmarktwirkungen</b>	<b>10</b>
<b>3. Wachstums- und Produktivitätseffekte</b>	<b>16</b>
<b>4. Brain Drain und Brain Gain</b>	<b>20</b>
<b>5. Fiskalische Effekte</b>	<b>24</b>
<b>6. Soziale und gesellschaftliche Folgen</b>	<b>30</b>
<b>7. Schlussfolgerungen</b>	<b>36</b>
<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>39</b>

## Abkürzungsverzeichnis

CGE	Computable general equilibrium Berechenbares allgemeines Gleichgewicht
DSGE	Dynamic stochastic general equilibrium Dynamisches stochastisches allgemeines Gleichgewicht
EU	Europäische Union
BIP	Bruttoinlandsprodukt
EU AKE	Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union
LSMS	Living Standards Measurement Survey
OECD	Organisation for Economic Co-Operation and Development Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
TFP	Totale Faktorproduktivität

## Glossar

EU-8	Sammelbezeichnung für acht der zehn Staaten, die der EU im Jahr 2004 beigetreten sind, das heißt, Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn.
EU-10	Sammelbezeichnung für die Staaten der EU-8 sowie Zypern und Malta.
EU-15	Sammelbezeichnung für die 15 Staaten, die vor dem Beitritt der EU-10 im Jahr 2004 die EU bildeten, das heißt Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal, Spanien, Schweden und das Vereinigte Königreich.

## 1. Einleitung

Die Errungenschaft der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit als ein Kernelement des Europäischen Binnenmarkts ist nicht unumstritten. Einige Bürgerinnen und Bürger, politisch Verantwortliche und Analysten äußern Zweifel, ob die freie Mobilität von Arbeitnehmern innerhalb Europas die wirtschaftliche und soziale Aufwärtskonvergenz der Mitgliedstaaten wirklich voranbringt. Sie befürchten, dass die EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit der Entwicklung einzelner Mitgliedstaaten mehr schaden als nützen könnte, und dass die Wohlfahrtseffekte freier Mobilität der Arbeitnehmer zwischen den Mitgliedstaaten – aber auch innerhalb dieser – sehr ungleich verteilt sind.

Bis zu den mit der akuten COVID-19-Pandemie verbundenen Einschränkungen hat die EU-interne Mobilität von Arbeitskräften seit der EU-Osterweiterung in den Jahren 2004 und 2007 und der schrittweisen Öffnung der Arbeitsmärkte der EU-15 für Migrantinnen und Migranten aus den neuen Mitgliedstaaten erheblich an Bedeutung gewonnen. Die Wanderungsströme zwischen dem Osten und dem Westen Europas werden dabei stark von der relativen Wirtschaftsentwicklung in den Ziel- und Herkunftsländern bestimmt. So haben etwa das vor der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise boomende Irland oder Deutschland mit seinem in den letzten Jahren sehr starken Arbeitsmarkt viele osteuropäische Arbeitskräfte angezogen. Länder mit einer relativ schwachen Entwicklungsdynamik, wie Bulgarien und Rumänien, sind dagegen durch hohe Abwanderungsraten geprägt. Polen bewegt sich nach einer erfolgreichen wirtschaftlichen Transformation darauf zu, von einem wichtigen Herkunftsland von Arbeitskräften in die EU zu einem Zielland für Arbeitsmigranten zu werden.

Diese Beispiele illustrieren die Potenziale grenzüberschreitender Arbeitskräftemobilität, divergierende Arbeitsmarkt- und Wachstumsentwicklungen innerhalb des europäischen Binnenmarkts auszugleichen. Allerdings begrenzen die nach wie vor erheblichen individuellen Hürden – Sprachbarrieren, unvollständige Übertragbarkeit von Humankapital, psychologische und physische Kosten der Migration – die Kraft der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit als Ausgleichsmechanismus für Ungleichgewichte innerhalb Europas. Zudem: Selbst wenn die Wirtschaft der EU insgesamt von der freien Mobilität der Arbeitnehmer innerhalb ihrer Grenzen profitiert, birgt diese doch den Keim für soziale und wirtschaftliche Divergenzen zwischen den Mitgliedstaaten. Wegen der unterschiedlichen Bevölkerungszahlen der EU-15 und der EU-10 übersetzt sich eine bestimmte Zahl von Arbeitskräften, die von Ost nach West wandern, naturgemäß in absolut höhere Abwanderungsraten als Zuwanderungsraten. Entsprechend machen sich mögliche negative Begleiterscheinungen von Abwanderung – wie ein Verlust an Erträgen früher getätigter öffentlicher Investitionen in Bildung und Qualifizierung, ein beschleunigter demografischer Wandel oder eine verringerte wirtschaftliche und soziale Dynamik, weil die innovativsten Köpfe abwandern – somit in den entsendenden Mitgliedstaaten der EU tendenziell relativ stärker bemerkbar als die möglichen positiven Effekte der Zuwanderung von Arbeitskräften in den Zielländern. Dieses Ungleichgewicht erscheint umso bedeutender, als die EU bislang nicht über effiziente Instrumente zur Umverteilung der Nettogewinne aus Arbeitskräftemobilität verfügt.



Vor diesem Hintergrund vermittelt diese Literaturstudie einen Überblick über den aktuellen Wissensstand zu den Auswirkungen der freien Mobilität von Arbeitnehmern in der EU auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Der Blick richtet sich dabei sowohl auf die Ziel- als auch auf die Herkunftsländer der Arbeitskräfte, die die EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit für sich in Anspruch nehmen. Der Schwerpunkt des Überblicks liegt auf volkswirtschaftlichen Studien mit einer empirischen Ausrichtung; allerdings werden auch wichtige theoretische Aspekte in die Darstellung eingebunden. Der Überblick deckt fünf verschiedene Dimensionen ab, die in den Debatten über die wirtschaftliche und soziale Konvergenz der Mitgliedstaaten wesentlich sind, und die in der Migrationsforschung gründlich analysiert worden sind:

1. Arbeitsmarktwirkungen: Mobile Arbeitskräfte verändern das Arbeitskräfteangebot sowohl im Ziel- als auch im Herkunftsland. Dies kann Veränderungen der Beschäftigung, der Arbeitslosigkeit und/oder der Löhne nach sich ziehen. Die freie Mobilität von Arbeitnehmern trägt zur wirtschaftlichen Aufwärtskonvergenz bei, sofern sich durch gegenläufige Wirkungen in den Ziel- und Herkunftsländern zuvor bestehende Beschäftigungs- oder Lohndifferenziale verringern.
2. Wachstums- und Produktivitätseffekte: Da Arbeit ein zentraler volkswirtschaftlicher Produktionsfaktor ist, verändert die Zu- oder Abwanderung von Arbeitskräften die gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenziale unmittelbar. Gleichzeitig verändert sich, sofern die eingesetzten Produktionstechnologien nicht durch konstante Skalenerträge gekennzeichnet sind, die Arbeitsproduktivität sowohl im Ziel- als auch im Herkunftsland. Darüber hinaus können sich indirekte Produktivitätseffekte ergeben, etwa infolge von Veränderungen der Kapitalintensität, der Innovationskraft und -muster oder von Netzwerkeffekten. Die freie Mobilität von Arbeitnehmern leistet dann einen Beitrag zur wirtschaftlichen Konvergenz, wenn Arbeitsangebots- und Produktivitätseffekte zusammen genommen die Unterschiede in den Wachstumsraten zwischen Ziel- und Herkunftsland verringern. Unter bestimmten Voraussetzungen, insbesondere im Fall von positiven Skaleneffekten, kann die Arbeitskräftemobilität jedoch auch eine wachsende wirtschaftliche Divergenz statt Konvergenz hervorbringen.
3. Brain Drain und Brain Gain: Spezifische volkswirtschaftliche Produktivitätseffekte sind an die migrationsbedingten Veränderungen beim Pool der im Ziel- und Herkunftsland vorhandenen Qualifikationen und Fähigkeiten geknüpft. Sofern die abwandernden Arbeitskräfte besser qualifiziert sind als die verbleibenden Arbeitskräfte, können sich die Entwicklungsperspektiven im Herkunftsland durch einen Verlust an Humankapital bzw. „Brain Drain“ verschlechtern. Der damit verbundene Rückgang der Wirtschaftsleistung kann dabei stärker sein als der unmittelbare Effekt, der sich aus dem kleineren Angebot des Produktionsfaktors „Humankapital“ ergibt. Dies ist der Fall, wenn Spillover-Effekte auftreten – das heißt, wenn die entstehende Lücke an Humankapital auf die Produktivität anderer Arbeitskräfte ausstrahlt. Solche Brain Drain-Effekte sind eine potenzielle Gefahr für wirtschaftliche und soziale Aufwärtskonvergenz. Im Herkunftsland können

aber auch positive „Brain Gain“-Effekte entstehen. Diese entwickeln sich durch verstärkte Anreize, in das eigene Humankapital zu investieren, um für sich die Option auszuwandern zu erhalten, die Nutzung von Rücküberweisungen der im Ausland Tätigen für produktive Zwecke, oder weil temporäre Migrantinnen und Migranten im Ausland erworbene neue Qualifikationen und Fähigkeiten mitbringen, die im Herkunftsland gesucht sind. Falls die Brain Gain-Effekte stärker ausfallen als die Brain Drain-Effekte, kann auch Mobilität von überdurchschnittlich qualifizierten Arbeitnehmern zur Aufwärtskonvergenz beitragen.

4. Fiskalische Effekte: International mobile Arbeitnehmer zahlen Steuern, empfangen Transfers und nutzen öffentlich bereitgestellte Güter. Welche relative Nettoposition sie im Fiskalsystem des Ziel- und Herkunftslands einnehmen, hängt von vielen Faktoren ab: vom jeweiligen Grad der Arbeitsmarktintegration in den beiden Ländern, von der jeweiligen Position im Lohngefüge, sowie von der Struktur und relativen Großzügigkeit der beiden Steuer- und Transfersysteme. Grenzüberschreitende Mobilität von Arbeitnehmern ist der Aufwärtskonvergenz unmittelbar förderlich, wenn die Nettofinanzierungsbeiträge der Arbeitsmigrantinnen und -migranten zu den öffentlichen Haushalten im Zielland im Durchschnitt niedriger sind als im Herkunftsland. Eine solche Konstellation könnte etwa auftreten, wenn primär Arbeitslose abwandern und so das heimische Sozialsystem entlasten, aber auch im Zielland keine starke wirtschaftliche (und damit fiskalische) Position erreichen. Sofern die fiskalischen Vorteile aus der Aufnahme von Arbeitskräften größer sind als die fiskalischen Nachteile aus der Abwanderung von Arbeitskräften, kann sich die Aufwärtskonvergenz indirekt verbessern. Dies setzt allerdings voraus, dass ein Mechanismus des Finanzausgleichs zwischen den beiden Ländern vorhanden ist, über den der im Aggregat bestehende fiskalische Nettogewinn zu relativen Gunsten des Herkunftslands umverteilt wird.
5. Soziale und gesellschaftliche Folgen: Die Mobilität von Arbeitnehmern wirkt sich auf diverse soziale Zielgrößen aus, sowohl auf individueller als auch auf gesellschaftlicher Ebene. Unabhängig von ihrem wirtschaftlichen Erfolg können mobile Arbeitskräfte (und ihre Familien) – und zwar vor und nach Migration – etwa unter Stigmatisierung, Diskriminierung oder mangelnder sozialer Integration leiden. Systematische Differenzen im sozialen Status mobiler Arbeitnehmer im Ziel- und Herkunftsland können die soziale Kohäsion insgesamt stärken oder schwächen. Auf gesellschaftlicher Ebene kann die Tatsache, dass Migrantinnen und Migranten Erfahrungen mit Werten, Politiken und Institutionen in verschiedenen Ländern sammeln, über ihre grenzüberschreitenden Bindungen und Fähigkeiten als kulturelle Intermediatoren soziale Aufwärtskonvergenz fördern. Andererseits kann eine Abwanderung von Arbeitskräften auch zu mehr sozialer Divergenz und Polarisierung beitragen, sofern bevorzugt diejenigen, die für den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft eine Schlüsselrolle spielen, ihr Land verlassen.

Der folgende Literaturstudie gliedert sich wie folgt. Abschnitt 2 behandelt die Auswirkungen der Mobilität von Arbeitnehmern auf den Arbeitsmärkten, insbesondere die Veränderungen von Beschäftigung und Einkommen bei nicht-mobilen Arbeitnehmern. Abschnitt 3 adressiert die mit Verschiebungen im volkswirtschaftlichen Arbeitsangebot verbundene Veränderungen der Wachstums- und Produktivitätsentwicklungen in den Ziel- und Herkunftsländern. Abschnitt 4 erörtert, inwiefern Brain Drain- und Brain Gain-Effekte, die im Kontext von sich entwickelnden Ländern stark diskutiert werden, auch im Hinblick auf die freie Mobilität von Arbeitnehmern innerhalb der EU von Bedeutung sind. Abschnitt 5 befasst sich mit der fiskalischen Position von innerhalb Europas mobilen Bürgerinnen und Bürgern im Vergleich zu nicht-mobilen Bürgerinnen und Bürgern, und den damit verbundenen Nettoüberschüssen oder -defiziten in den öffentlichen Haushalten. Abschnitt 6 thematisiert verschiedene Folgen der freien Mobilität von Arbeitnehmern in Europa für soziale und gesellschaftliche Zielgrößen. Die Studie schließt in Abschnitt 7 mit sich aus dem Literaturüberblick ergebenden Schlussfolgerungen.

## 2. Arbeitsmarktwirkungen

Die Vorstellung, dass die freie Mobilität von Arbeitnehmern innerhalb der EU die Aufwärtskonvergenz der europäischen Arbeitsmärkte unterstützen könnte, insbesondere im Hinblick auf Löhne sowie Arbeitslosen- und Beschäftigungsquoten, basiert auf folgenden konzeptionellen Argumenten: Sofern Mobilität über Grenzen hinweg nicht mit Kosten verbunden wäre und sich das Humankapital inländischer Personen perfekt mit demjenigen von Migranten substituieren ließe, würden Arbeitsmärkte mit einem höheren Lohnniveau Arbeitskräfte aus Ländern mit einem niedrigeren Lohnniveau anziehen. Wenn zugleich die Löhne flexibel genug wären, um im Markt ein Gleichgewicht herzustellen, führte das gestiegene Arbeitsangebot in den Zielländern dann dazu, dass das dortige Lohnniveau sinkt – zum Nachteil für einheimische Arbeitskräfte, aber mit dem Resultat von Wohlfahrtsgewinnen aufgrund von Lohnzuwächsen für Zuwanderer gegenüber ihrer Ausgangssituation in ihrem Herkunftsland. In einem solchen Szenario profitieren gleichzeitig auch die im Herkunftsland verbleibenden Arbeitskräfte von Lohnzuwächsen aufgrund der reduzierten Konkurrenz auf dem dortigen Arbeitsmarkt.

Die negativen Lohneffekte auf einheimische Arbeitskräfte können jedoch gering ausfallen oder sogar ganz ausbleiben, wenn die Arbeitsnachfrage nicht sehr stark auf Veränderungen des Lohnniveaus reagiert, wie etwa bei vorherrschendem Arbeitskräftemangel in einem starken wirtschaftlichen Umfeld. Ist das Lohnniveau in den Herkunftsländern vergleichsweise gering, aber nicht so gering, um Arbeitslosigkeit dort zu vermeiden, könnte das aufgrund von Auswanderung reduzierte Arbeitsangebot zudem die relativen Beschäftigungsmöglichkeiten der im Land verbleibenden Arbeitskräfte verbessern.

Allerdings sind die theoretischen Vorhersagen hinsichtlich der Auswirkungen grenzüberschreitender Mobilität auf Migrantinnen und Migranten sowie auf inländische Arbeitskräfte in den Ziel- und Herkunftsländern alles andere als eindeutig. Sie hängen entscheidend von der

Qualifikationsstruktur der mobilen Arbeitskräfte im Verhältnis zu derjenigen der nicht-mobilen Arbeitskräfte ab, sowie von den Strukturen der Volkswirtschaften in den Ziel- und Herkunftsländern. In diesem Zusammenhang wird typischerweise zwischen qualifizierten und unqualifizierten Arbeitskräften unterschieden. Wenn die Qualifikationsstruktur mobiler Arbeitskräfte nicht identisch zu derjenigen nicht-mobiler Arbeitskräfte ist, führen Wanderungsbewegungen – sowohl in den Ziel- als auch in den Herkunftsländern – tendenziell zu kurzfristigen Veränderungen der Beschäftigungsquoten und Löhne auf den einzelnen Qualifikationsniveaus, die wiederum von dem spezifischen Grad der Substituierbarkeit oder Komplementarität zwischen mobilen und nicht-mobilen Arbeitskräften auf der Ebene der Qualifikationen abhängen (Chiswick 1980; Chiswick et al. 1992). Wenn etwa hochqualifizierte Einwanderinnen und Einwanderer ein Substitut für hochqualifizierte einheimische Arbeitskräfte, aber ein Komplement zu geringqualifizierten einheimischen Arbeitskräften sind, dann kann Zuwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte zumindest kurzfristig nachteilige Lohn- oder Beschäftigungseffekte für hochqualifizierte einheimische Arbeitskräfte haben, während geringqualifizierte einheimische Arbeitskräfte von positiven Spillover-Effekten auf die Arbeitsnachfrage in ihrem Qualifikationssegment profitieren, mit tendenziell steigenden Löhnen und einer sinkenden Arbeitslosigkeit in diesem Bereich. So kann Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt im Zielland abnehmen, während im Herkunftsland das Gegenteil der Fall sein kann.

Komplexere ökonomische Modelle, die etwa grenzüberschreitenden Handel und ein größeres Spektrum handelbarer Güter beinhalten, kommen jedoch zu dem Ergebnis, dass Arbeitskräftemobilität langfristig keine Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt in den Zielländern hat. Dies gilt zumindest unter der Voraussetzung, dass die Einwanderungszahlen nicht zu groß sind (Gaston und Nelson 2002; Hanson und Slaughter 2002). Da die Preise handelbarer Güter auf dem Weltmarkt festgesetzt werden, reagiert eine Volkswirtschaft auf einen Zuzug von Arbeitsmigranten mit der vermehrten Produktion von solchen handelbaren Gütern, deren Produktion den Einsatz dieser (gering- oder hochqualifizierten) Arbeitskräfte erfordert, die zuvor eingewandert und nun in größerer Zahl verfügbar sind. Ähnlich gilt, sofern sich der Kapitalstock an Veränderungen des Arbeitsangebots über inländische oder internationale Investitionen anpasst, dass auch das aggregierte Lohnniveau und Zinssätze konstant bleiben sollten (Ottaviano und Peri 2011).

Diese Überlegungen zeigen, dass die Auswirkungen freier Mobilität von Arbeitnehmern auf die Löhne und die Beschäftigung von nicht-mobilen Arbeitnehmern aus theoretisch-konzeptioneller Sicht offen sind. So ist es einerseits möglich, dass Einwanderung (Auswanderung) keine Auswirkungen auf die Arbeitsmarktsituation in den Zielländern (Herkunftsländern) hat; andererseits ist ebenso vorstellbar, dass sie die jeweiligen Arbeitsmarktergebnisse verschlechtert oder verbessert, je nach Produktionstechnologien und dem Grad der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Volkswirtschaften. Welche spezifischen Arbeitsmarkteffekte mit der freien Mobilität von Arbeitnehmern einhergehen, bleibt somit eine empirische Frage.

Die Literatur zur Quantifizierung der Lohn- und Beschäftigungseffekte in den Zielländern von Arbeitsmigranten – zusammengefasst etwa von Dustmann und Glitz (2005), Borjas (1999) und

Friedberg und Hunt (1995) – ist umfangreich, jedoch nicht spezifisch auf die Auswirkungen der freien Mobilität von Arbeitnehmern innerhalb der EU ausgerichtet. Das Fazit dieser Studien lautet im Wesentlichen, dass der Zuzug von Arbeitskräften aus dem Ausland allenfalls begrenzte negative Auswirkungen auf die Arbeitslosenquote und die Löhne der Einheimischen hat. Wenn überhaupt, dann sind die geschätzten negativen Arbeitsmarkteffekte der Zuwanderung in Europa im Vergleich zu den USA tendenziell etwas stärker ausgeprägt sowie insgesamt etwas ausgeprägter für geringqualifizierte und weitere gefährdete oder benachteiligte Gruppen auf dem Arbeitsmarkt (einschließlich früherer Einwanderer).

Im Gegensatz dazu ist die empirische Forschung zu den Arbeitsmarkteffekten in den Herkunftsländern deutlich weniger entwickelt. Das liegt unter anderem darin begründet, dass häufig Informationen und Daten zu den ausgewanderten Arbeitskräften fehlen, da diese sich etwa bei ihrem Wegzug ins Ausland oft nicht aus den Aufenthaltsregistern abmelden. Eine wegweisende Studie wurde von Mishra (2007) im Zusammenhang mit der Auswanderung aus Mexiko durchgeführt. Sie stellt darin einen positiven Effekt der Auswanderung mexikanischer Arbeitskräfte mit mittlerem Qualifikationsniveau in die Vereinigten Staaten auf das Lohnniveau verbleibender mexikanischer Beschäftigter mit ebenfalls mittlerer Qualifikation fest. Dieser Befund legt nahe, dass Auswanderung in diesem Fall die Konkurrenzsituation im Arbeitsmarkt des Herkunftslandes entspannt hat.

Eine beachtenswerte Studie zu den Arbeitsmarkteffekten internationaler Arbeitskräftemobilität wurde von Docquier et al. (2014) durchgeführt. Sie ist insofern besonders, als sie die Gesamtheit der bilateralen Migrationsströme innerhalb der OECD-Länder unter Berücksichtigung ihres unterschiedlichen Qualifikationsniveaus analysiert und sowohl Einwanderungs- als auch Auswanderungseffekte berücksichtigt. Die Autoren schätzen ein recht breites Spektrum resultierender Arbeitsmarkteffekte in den einzelnen Ländern, jedoch lassen sich einige Gemeinsamkeiten der Ergebnisse festhalten: (1) Einwanderung hatte in allen OECD-Ländern einen geringen positiven oder gar keinen Effekt auf die Durchschnittslöhne von einheimischen Arbeitskräften; (2) diese positiven Durchschnittslohneffekte fielen im geringen und mittleren Qualifikationssegment (also bei Arbeitskräften ohne abgeschlossene Hochschulbildung) tendenziell stärker aus als für höher qualifizierte Arbeitskräfte; (3) Auswanderung hatte einen signifikant negativen Lohneffekt (bis zu minus 7%) für im Herkunftsland verbleibende Arbeitskräfte mit geringem Qualifikationsniveau. Diese Ergebnisse lassen sich auf die Besonderheit der grenzüberschreitenden Arbeitskräftemobilität innerhalb der OECD während des Beobachtungszeitraums von 1990 bis 2000 zurückführen. Mobile Arbeitskräfte wiesen sowohl in den Ziel- als auch in den Herkunftsländern einen höheren Anteil Höherqualifizierter auf als nicht-mobile Arbeitskräfte. Somit wird die Sichtweise bestätigt, dass mobilitätsbedingte Veränderungen des Angebots an hochqualifizierten Arbeitskräften aufgrund von Komplementaritäten in der Arbeitsnachfrage systematisch auch geringqualifizierte Arbeitskräfte betreffen.

Die Ergebnisse der Literatur, die sich speziell mit den Auswirkungen freier Mobilität von Arbeitnehmern innerhalb der EU befasst, stimmen weitgehend mit den Ergebnissen der oben

skizzierten allgemeineren Migrationsstudien überein. Die Ausrichtung dieser Literatur ist der Entwicklung der Migrationsströme innerhalb der EU gefolgt, also der Zunahme der Wanderungsströme von Ost- nach Westeuropa seit der EU-Erweiterung im Jahr 2004 mit einem hohen Anteil von Migration zu Erwerbszwecken. Dabei zeigt sich übereinstimmend, dass Zuwanderung aus den osteuropäischen Beitrittsländern die Beschäftigungsquoten in den Zielländern der EU-15 deutlich erhöht hat (Kahanec und Pytlikova 2017). Gleichzeitig haben Beschäftigte in den westeuropäischen Volkswirtschaften, die eine hohe Zahl an osteuropäischen EU-Arbeitskräften aufgenommen haben, nahezu keine negativen Auswirkungen zu verzeichnen, wenngleich in bestimmten Arbeitsmarktsegmenten geringe Substitutionseffekte aufgetreten sein könnten.

So kommt etwa das britische Migration Advisory Committee (2012) zu dem Schluss, dass der starke Zuzug aus den neuen Mitgliedstaaten nach der EU-Erweiterung im Jahr 2004 die Arbeitslosigkeit von bereits zuvor im Vereinigten Königreich lebenden Arbeitskräften nicht erhöht hat. Diese Einschätzung gilt sowohl für die Arbeitslosenquote insgesamt als auch für die Arbeitslosenquoten von verschiedenen Teilgruppen der Erwerbsbevölkerung. Eine Studie von Lemos und Portes (2013) über die Arbeitsmarkteffekte der Öffnung des britischen Arbeitsmarkts für Arbeitsmigranten aus den neuen Mitgliedstaaten in Osteuropa bestätigt diese Befunde. Blanchflower et al. (2007) und Blanchflower und Shadforth (2009) weisen jedoch darauf hin, dass es im Vereinigten Königreich bereits vor dem Jahr 2004 zu einer gewissen Lohnzurückhaltung gekommen sein könnte, welche mit der Befürchtung zusammenhängen dürfte, dass der sofortige uneingeschränkte Zugang zum Arbeitsmarkt, der osteuropäischen Arbeitskräften bei der EU-Erweiterung gewährt wurde, eine höhere Arbeitslosigkeit verursachen könnte. Darüber hinaus weisen Blanchflower und Lawton (2010) auf mögliche Substitutionseffekte in Segmenten des Arbeitsmarkts mit geringqualifizierten Arbeitskräften hin, die im Falle einer Rezession und einem Abbau vor allem dieser Arbeitsplätze auftreten könnten.

Auch Doyle et al. (2006) finden für Schweden keine Hinweise darauf, dass die sofortige Gewährung des Zugangs zum schwedischen Arbeitsmarkt für Arbeitskräfte aus den neuen Mitgliedstaaten zu einer Verdrängung von inländischen Beschäftigten führte. Sie räumen jedoch ein, dass ihr Beobachtungszeitraum von zwei Jahren zu kurz sein könnte, um die resultierenden Gleichgewichtseffekte der zunehmenden Einwanderung europäischer Arbeitskräfte jenseits kurzfristiger Anpassungsreaktionen zu ermitteln. Brenke et al. (2010) betrachten den deutschen Fall. Sie stellen fest, dass dort neuzugewanderte osteuropäische Arbeitskräfte, die vor allem aus Polen stammen, hauptsächlich in Segmenten des Arbeitsmarktes mit geringen Qualifikationsanforderungen zu finden sind. Angesichts der Charakteristika der in diesen Bereichen beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sei es eher wahrscheinlich, dass sie zuvor eingewanderte Arbeitskräfte aus Drittstaaten verdrängen als schon länger im Land lebende Arbeitskräfte.

Gleich mehrere Studien haben die Arbeitsmarktauswirkungen der freien Mobilität von Arbeitnehmern in Irland – dem Land in der EU-15 mit dem größten relativen Anteil von Zuwanderern aus den neuen EU-Mitgliedstaaten von 2004 – analysiert (Doyle et al. 2006, Barrett 2010, Hughes 2011). Keine dieser Studien findet eine signifikante Evidenz für eine Verdrängung einheimischer

Arbeitskräfte oder einen Abwärtsdruck auf Löhne. Hughes (2011) stellt jedoch fest, dass sich osteuropäische Arbeitskräfte während der großen Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008 und 2009 als eine Art Pufferbelegschaft für konjunkturelle Schwankungen erwiesen haben. Sie haben in dieser Zeit viel häufiger ihren Arbeitsplatz verloren als Einheimische, was ihre Rückkehrmigration beschleunigte.

Betrachtet man die Auswirkungen der Mobilität von Arbeitnehmern nach der EU-Osterweiterung, wie etwa im Überblicksartikel von Zaiceva (2014), so scheint die Ost-West-Migration insgesamt zu höheren Löhnen für in den Herkunftsländern verbleibende Arbeitskräfte sowie zu geringerer Arbeitslosigkeit in den Herkunftsländern geführt zu haben. Gleichzeitig gibt es Anzeichen, dass die Auswanderung überwiegend qualifizierter Arbeitskräfte zu einem höheren Fachkräftemangel in den Herkunftsländern beigetragen und das dortige Missverhältnis zwischen offenen Arbeitsplätzen und dem verfügbaren Qualifikationsangebot verschärft hat. Die verfügbaren – insgesamt wenigen – wissenschaftlichen Beiträge zu diesem Thema lassen sich in zwei Kategorien einteilen: makroökonomische Simulationen sowie Studien auf Grundlage von Mikrodaten aus einzelnen osteuropäischen Mitgliedstaaten.

Im ersten Bereich fällt etwa die Simulationsstudie von Holland et al. (2011), in der basierend auf Migrationsdaten für den Zeitraum von 2004 bis 2009 ermittelt wird, dass in einem Szenario ohne Auswanderung die Arbeitslosigkeit im Jahr 2009 in der EU-8 um etwa 0,3 Prozentpunkte höher gewesen wäre (mit den größten Auswirkungen in Polen und Estland); in Bulgarien und Rumänien wäre die Arbeitslosigkeit sogar um mehr als 0,5 Prozentpunkte höher gewesen. Langfristige Auswirkungen auf die Arbeitslosenquoten sind den Simulationsergebnissen dieser Studie zufolge jedoch vernachlässigbar gering. Hinsichtlich der Lohnentwicklung kommt die Untersuchung zu dem Schluss, dass Auswanderung das kurzfristige Lohnwachstum um etwa 2,7% in Polen, um rund 0,7% in Ungarn und um 0,4% in der Tschechischen Republik erhöht hat. Die simulierten langfristigen Auswirkungen fallen in dieser Hinsicht nur etwas geringer aus. Baas et al. (2010) ermitteln in einer weiteren makroökonomischen Simulationsstudie ebenfalls einen positiven, wenn auch geringen, kurzfristigen Lohneffekt der Mobilität von Arbeitnehmern in der EU für die Gruppe der osteuropäischen Herkunftsländer (0,3%) sowie einen leichten Rückgang der Arbeitslosenquote (0,4 Prozentpunkte). Dieser Studie zufolge ist der auf Auswanderung zurückzuführende zusätzliche Lohnzuwachs in den Herkunftsländern auf allen Qualifikationsniveaus zu verzeichnen, während der Rückgang der Arbeitslosigkeit vor allem in der Gruppe der Geringqualifizierten auftritt.

Dustmann et al. (2015) untersuchen den Effekt der Auswanderung aus Polen um den Zeitraum des EU-Beitritts des Landes. Sie nutzen regionale Variation der Auswanderungsraten und zeigen, dass das mittlere Qualifikationssegment die stärkste Auswanderung zu verzeichnen hatte und dass in der Folge die Löhne für dieses Qualifikationssegment auf dem polnischen Arbeitsmarkt deutlich gestiegen sind. Die Ergebnisse dieser Studie deuten auch darauf hin, dass Auswanderung zwar insgesamt zu einem leichten Anstieg der Löhne führte, aber dass Beschäftigte am unteren Ende des Qualifikationsspektrums nicht profitierten und möglicherweise sogar einen leichten

Lohnrückgang zu verzeichnen hatten. Die Ergebnisse für die durchschnittlichen Effekte werden in einer weiteren deskriptiven Analyse bestätigt, die darauf hindeutet, dass die Lohneffekte der Auswanderung moderat waren. Demnach waren das günstige konjunkturelle Umfeld und strukturelle Veränderungen während des wirtschaftlichen Übergangsprozesses bedeutendere Treiber für den erheblichen Anstieg des gesamten Lohnniveaus in Polen in diesem Zeitraum (Kaczmarczyk 2012). Dies scheint auch im Hinblick auf den Rückgang der Arbeitslosenquote nach der EU-Erweiterung zuzutreffen.

Hazans und Philips (2010) argumentieren für die baltischen Staaten ebenfalls, dass dort das starke Beschäftigungswachstum und die steigende Zahl der offenen Stellen einen größeren Beitrag zur Senkung der Arbeitslosigkeit und zur Erhöhung der Löhne geleistet haben als die Auswanderung von Arbeitskräften nach dem EU-Beitritt dieser Länder. Elsner (2013) verfolgt einen ähnlichen methodischen Ansatz wie Mishra (2007), um die Auswirkungen der massiven Auswanderung nach Irland und Großbritannien auf den Arbeitsmarkt in Litauen zu untersuchen. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass es sich bei den Arbeitskräften, die in diese Länder auswanderten, um eine Gruppe mit spezifischen Charakteristika handelte, schätzt er die positiven Effekte der Auswanderung auf die Löhne der in Litauen verbleibenden Beschäftigten als positiv und substantiell ein. Seine Schätzungen implizieren, dass ein Anstieg der Auswanderungsrate um einen Prozentpunkt zu einem Anstieg der Reallöhne der inländischen Beschäftigten um durchschnittlich 0,67% geführt hat. Darüber hinaus scheinen die geschätzten Lohnzuwächse positiv mit gruppenspezifischen Auswanderungsraten in Litauen korreliert zu sein. So erklärt der Studie zufolge Auswanderung 8% des gesamten Lohnanstiegs in Litauen zwischen 2002 und 2006 und bis zu 16% des Lohnanstiegs bei Männern.

Zusammenfassend lässt sich zunächst konstatieren, dass die Auswirkungen der Migration auf die Löhne und die Beschäftigung nicht-mobiler Arbeitskräfte (sowohl in den Ziel- als auch in den Herkunftsländern) aus theoretischer Sicht nicht eindeutig sind. Eine umfangreiche empirische Forschung zu diesem Thema legt jedoch nahe, dass die Arbeitsmarkteffekte von Migration insgesamt mehrheitlich gegen Null tendieren. Wenn überhaupt, dann sind nicht-mobile Arbeitskräfte, die einen hohen Grad der Substituierbarkeit gegenüber Zuwanderern aufweisen, am stärksten betroffen. Das bedeutet, dass schon länger Beschäftigte in den Zielländern, die das gleiche Qualifikationssegment wie Zuwanderer besetzen, tendenziell von moderatem Lohndruck und etwas höherer Arbeitslosigkeit betroffen sind, während Beschäftigte in den Herkunftsländern tendenziell von höheren Löhnen und geringerer Arbeitslosigkeit profitieren, da die Konkurrenz in ihrem Arbeitsmarktsegment abnimmt. Daher könnte die freie Mobilität von Arbeitnehmern in der Tat zur wirtschaftlichen und sozialen Aufwärtskonvergenz der EU-Mitgliedstaaten beitragen. Es gibt vor allem Anhaltspunkte für positive Auswirkungen von Auswanderung, die nach der EU-Erweiterung einsetzte, auf die Arbeitsmärkte in den neuen EU-Mitgliedstaaten. Der Beitrag der Arbeitskräftemobilität zur Konvergenz von Löhnen, Arbeitslosenquoten und Beschäftigungsniveaus dürfte jedoch bisher insgesamt vergleichsweise gering gewesen sein. Im Vergleich dazu waren das allgemeine Wirtschaftswachstum und die Produktivitätsdynamik viel stärkere Treiber für die Arbeitsmarktergebnisse in den einzelnen



Ländern. Bezogen auf den Arbeitsmarkt scheinen daher die mobilen Arbeitskräfte selbst die Hauptnutznießer der freien Mobilität von Arbeitnehmern innerhalb der EU zu sein.

### 3. Wachstums- und Produktivitätseffekte

Migration kann über verschiedene Kanäle das Wirtschaftswachstum und die Produktivität beeinflussen. Jaumotte et al. (2016) identifizieren drei Komponenten des Pro-Kopf-BIP, die wichtige Mechanismen in den Zielländern veranschaulichen können: Erstens das Verhältnis von Personen im Erwerbsalter relativ zur Gesamtbevölkerung; zweitens das Verhältnis von Erwerbstätigen relativ zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter; sowie drittens die Arbeitsproduktivität.

Hinter dem ersten Mechanismus verbirgt sich der zuwanderungsbedingte Anstieg der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, da Migranten in der Regel im Durchschnitt jünger als Einheimische sind. Aus diesem Grund und unter der Annahme, dass keine weiteren Anpassungen stattfinden, wird das Pro-Kopf-BIP über einen verringerten Abhängigenquotienten steigen.

Der zweite Mechanismus, der die Beschäftigungsquote betrifft, kann kurz- und langfristig unterschiedlich wirken. Langfristig sollte die freie Mobilität von Arbeitnehmern keine Effekte auf die durchschnittliche Beschäftigungsquote haben, da das zusätzliche Angebot an Arbeitskräften von der zusätzlichen Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen in einer nun größeren Volkswirtschaft neutralisiert wird. Kurzfristig hängt die Auswirkung auf die Beschäftigungsquote jedoch vom Grad der Substituierbarkeit oder Komplementarität von Zuwanderern und Einheimischen auf dem Arbeitsmarkt ab. Migration kann auf diese Weise entweder zu mehr Arbeitslosigkeit unter Einheimischen führen (bei einem hohen Grad an Substituierbarkeit) oder dazu, dass Einheimische in komplexere Berufe wechseln, während Migranten Routinejobs annehmen (bei einem hohen Grad an Komplementarität).

Der letztgenannte Effekt hängt jedoch auch vom Qualifikationsniveau der Migranten ab, das mit dem dritten Kanal – der Arbeitsproduktivität – in Zusammenhang steht. Die Arbeitsproduktivität wird durch das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit, das durchschnittliche Humankapital pro Beschäftigten und die totale Faktorproduktivität (TFP) beeinflusst. Während Migration zunächst zu einem Rückgang des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit, zu einem Anstieg der Kapitalrendite und damit zu einem Anstieg der Investitionen führt, kehrt das Kapital pro Beschäftigten langfristig wieder auf sein früheres Niveau zurück. Die Auswirkung auf das durchschnittliche Humankapital pro Arbeitnehmer hängt vom Qualifikationsniveau der Migranten im Verhältnis zu demjenigen der Einheimischen ab. Die TFP kann sowohl durch geringqualifizierte als auch durch hochqualifizierte Migration steigen. Während hochqualifizierte Einwanderer die TFP durch verstärkte Innovation, Produktivitäts-Spillover oder eine größere Vielfalt an produktiven Fähigkeiten erhöhen können, kann sich die Einwanderung Geringqualifizierter vor allem durch eine berufliche Reallokation und eine zunehmende Spezialisierung des Tätigkeitsspektrums von Einheimischen und Zuwanderern auf die TFP auswirken.

Relevante – makroökonomische – Studien, welche die Auswirkungen der freien Mobilität von Arbeitnehmern in der EU auf Wirtschaftswachstum und Produktivität untersuchen, verwenden einerseits allgemeine Gleichgewichtsmodelle, wie etwa berechenbare allgemeine Gleichgewichtsmodelle (CGE-Modelle) oder dynamische stochastische allgemeine Gleichgewichtsmodelle (DSGE-Modelle), die die volkswirtschaftlichen Auswirkungen von Migration simulieren und in der Lage sind, eine erhöhte Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen, einen Anstieg der Investitionen und unterschiedliche Qualifikationsniveaus der Migranten zu berücksichtigen (Jaumotte et al. 2016; Peri 2016).

Andererseits verwenden diese Studien ökonometrische Ansätze mit Gleichungen in reduzierter Form, um kausale Effekte von Migration auf Wirtschaftswachstum und Produktivität zu ermitteln. Damit verbunden sind jedoch einige empirischen Herausforderungen, wie etwa das Problem der umgekehrten Kausalität. So könnte beispielsweise ein positiver Zusammenhang zwischen Einwanderung und dem Pro-Kopf-BIP nicht nur durch einen positiven Einfluss von Migration auf das Pro-Kopf-BIP begründet sein, sondern auch dadurch, dass ein hohes Pro-Kopf-BIP zu mehr Einwanderung von Arbeitskräften führt. Darüber hinaus führt die Selbstselektion bei Migrationsentscheidungen zu einem Endogenitätsproblem. Die empirische Literatur versucht daher mit Instrumentalvariablen-Ansätzen kausale Schätzungen durchzuführen, die dieses Endogenitätsproblem adäquat berücksichtigen (vgl. etwa Ortega und Peri 2014; Jaumotte et al. 2016; Kahanec und Pytlikova 2017).

Dabei konzentriert sich die Literatur hauptsächlich auf die Auswirkungen von Migration auf das Pro-Kopf-BIP in den Zielländern oder auf die aggregierten Effekte in der EU als Ganzes, während nur wenige Studien Effekte in den Herkunftsländern ermitteln. Zentrale Studien in diesem Bereich analysieren oft eine Auswahl von Ländern und konzentrieren sich nicht nur auf die EU oder Europa als Ganzes. So verwenden etwa Ortega und Peri (2014) sowie Alesina et al. (2016) Pseudo-Gravitationsmodelle, um das Endogenitätsproblem für eine größere Länderauswahl zu lösen. Ortega und Peri (2014) konzentrieren sich auf die Auswirkungen der Offenheit eines Landes für Handel und Einwanderung auf das Pro-Kopf-BIP. Sie finden einen robusten, positiven Effekt der Offenheit für Einwanderung auf das Pro-Kopf-BIP, jedoch keinen signifikanten Effekt der Offenheit für Handel. Der positive Effekt der Offenheit kommt vor allem durch eine Erhöhung der TFP zustande, die wiederum zum Teil mit einer größeren Vielfalt an produktiven Fähigkeiten und mehr Innovationen, gemessen an der Patentaktivität, zusammenhängt.

Eine ähnliche Studie von Alesina et al. (2016) ermittelt einen positiven Effekt der Vielfalt der Geburtsorte auf das Pro-Kopf-BIP, insbesondere bei qualifizierten Einwanderern in reicheren Zielländern. Unter Anwendung eines ähnlichen ökonometrischen Ansatzes konzentrieren sich Jaumotte et al. (2016) und Aleksynska und Tritah (2015) auf wirtschaftlich entwickelte Zielländer. Auch ihre Analysen finden einen positiven Effekt von Einwanderung auf das Pro-Kopf-BIP, wobei Einwanderer im Kernerwerbsalter im Vergleich zu jüngeren Einwanderern den Hauptbeitrag zum BIP leisten (Aleksynska und Tritah 2015).

Zu den frühen Studien, die sich auf die EU-Binnenmigration konzentrieren, gehören Baas et al. (2010) und Baas und Brücker (2010). Baas et al. (2010) verwenden zwei verschiedene allgemeine Gleichgewichtsmodelle, um die Auswirkungen der Wanderungsströme aus den EU-8-Ländern in die EU-15-Länder zwischen 2004 und 2007 abzuschätzen. Die Studie ermittelt, dass die Zuwanderung aus der EU-8 nach der Erweiterung das BIP im integrierten EU-Raum kurzfristig um etwa 0,1% und langfristig um etwa 0,2% erhöht hat, wobei letzteres einer Summe von etwa 24 Milliarden Euro entspricht. In den Herkunftsländern sinkt jedoch das BIP kurzfristig um etwa 0,5% und langfristig um etwa 1%. In der EU-8 steigt das Pro-Kopf-BIP kurzfristig an, kehrt aber langfristig fast wieder auf seinen Ausgangswert zurück. Darüber hinaus scheint das Qualifikationsniveau der Migranten aus der EU-8 demjenigen der Bevölkerung in den Zielländern weitgehend zu entsprechen und nur unwesentlich höher zu sein als dasjenige der verbleibenden Personen in den Herkunftsländern.

Baas und Brücker (2010) führen eine ähnliche Analyse durch, in der sie die makroökonomischen Auswirkungen der EU-Osterweiterung von 2004 auf Deutschland und Großbritannien untersuchen. Dabei verwenden sie ein berechenbares allgemeines Gleichgewichtsmodell (CGE-Modell), das Handel, Kapitalflüsse, Migration und staatliche Transfers berücksichtigt. Im Vergleich zu einem Basisszenario ohne EU-Erweiterung deuten ihre Ergebnisse auf einen Anstieg des BIP um 1% in beiden Ländern hin. Diese Zuwächse resultieren in erster Linie aus Handelsströmen in Deutschland und Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt im Vereinigten Königreich. Das BIP in Deutschland wäre noch stärker gestiegen, wenn es eine ähnliche Einwanderungspolitik wie das Vereinigte Königreich betrieben und die freie Mobilität von Arbeitnehmern rascher umgesetzt hätte.

Die Ergebnisse von zwei neueren Studien, die die wirtschaftlichen Auswirkungen der EU-Binnenmigration analysieren, bestätigen die bisherigen Ergebnisse einer positiven Auswirkung auf das Wirtschaftswachstum (Kahanec und Pytliková 2017; Clemens und Hart 2018). Clemens und Hart (2018) verwenden ein DSGE-Modell, um die Auswirkungen der EU-Binnenmigration auf die BIP-Entwicklung in Deutschland zwischen 1996 und 2016 zu analysieren. Sie zeigen, dass die jährliche BIP-Wachstumsrate ohne EU-Binnenmigration im Durchschnitt um 0,2 Prozentpunkte niedriger ausgefallen wäre. Kahanec und Pytliková (2017) untersuchen die wirtschaftlichen Auswirkungen der Migration aus den neuen EU-Mitgliedstaaten und den Ländern der Östlichen Partnerschaft in die alten EU-Mitgliedstaaten zwischen 1995 und 2010. Sie verwenden internationale Migrationsdaten aus verschiedenen Quellen und Instrumentenvariablen-Ansätze, um das Problem der umgekehrten Kausalität zu berücksichtigen. Sie finden statistisch signifikante positive Auswirkungen der Migrationsströme aus den neuen EU-Mitgliedstaaten auf das BIP und das Pro-Kopf-BIP in der EU-15 und einen negativen Effekt auf den Output pro Beschäftigten. Die Ergebnisse zur Migration aus den Ländern der Östlichen Partnerschaft deuten auf leicht negative Auswirkungen auf das BIP und das Pro-Kopf-BIP hin. Die Autoren gehen davon aus, dass diese heterogenen Ergebnisse nach Herkunftsländern auf eine unterschiedliche Zusammensetzung der Migranten aus diesen Ländern oder auf den unterschiedlichen rechtlichen Status der Einwanderer bei ihrer Einreise in die EU-15 zurückzuführen sein könnten.

Atoyan et al. (2016) konzentrieren sich auf die Auswirkungen der Auswanderung und ihre wirtschaftlichen Folgen in den Herkunftsländern in Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Die Autoren verwenden Migrations- und Rücküberweisungsdaten der OECD und der Weltbank sowie verschiedene methodische Strategien wie Instrumentenvariablen-Ansätze und die Simulation eines partiellen Gleichgewichtsmodells, um die Auswirkungen der Auswanderung auf das Wirtschaftswachstum und andere wirtschaftliche Ergebnisvariablen zu ermitteln. Ihre Ergebnisse deuten auf negative Auswirkungen der Auswanderung auf die potenziellen jährlichen Wachstumsraten hin, insbesondere in Albanien, Montenegro, Rumänien, Lettland und Litauen. Darüber hinaus verringerte die Abwanderung von Fachkräften die TFP in den Herkunftsländern. Die Verwendung des Bruttonationaleinkommens anstelle des Bruttoinlandsprodukts, und damit die Berücksichtigung von Rücküberweisungen, führt zu einem geringeren negativen Effekt der Auswanderung.

Portes und Forte (2017) kehren die klassischen ost-westeuropäischen Migrationsstudien um, indem sie die Auswirkungen des Brexit-induzierten Rückgangs der Migration nach Großbritannien auf die britische Volkswirtschaft abschätzen. Sie finden einen signifikanten Rückgang des BIP und des Pro-Kopf-BIP, der im Jahr 2030 sogar noch größer sein dürfte als im Jahr 2020. Die Autoren gehen davon aus, dass der auf geringere Wanderungsströme zurückzuführende Rückgang des BIP eine ähnliche Größenordnung aufweist wie der Effekt, der auf den Rückgang des Handelsvolumens zurückzuführen ist.

Ein möglicher Kanal für den oben erwähnten migrationsinduzierten Anstieg des Pro-Kopf-BIP in den Zielländern sind verstärkte, durch Einwanderung hervorgerufene Innovationsaktivitäten, wie etwa von Ortega und Peri (2014) beschrieben. Fassio et al. (2019) untersuchen die Auswirkungen der Einwanderung von Fachkräften auf branchenbezogene Innovationsaktivitäten in Großbritannien, Frankreich und Deutschland. Die Autoren verwenden die französischen und britischen Arbeitskräfteerhebungen sowie den deutschen Mikrozensus und verknüpfen diese mit Daten der europäischen Patent- und Zitatdatenbank. Unter Verwendung eines Instrumentenvariablen-Ansatzes ermitteln sie positive Effekte der Einwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte auf die Anzahl der Zitate von Patenten. Dieser Effekt fällt jedoch von Branche zu Branche unterschiedlich hoch aus; er ist der Studie zufolge in Branchen mit geringer Überqualifizierung, hohen ausländischen Direktinvestitionen, einer stärkeren Handelsoffenheit und einer größeren ethnischen Vielfalt stärker ausgeprägt.

Insgesamt deuten die verfügbaren Studien zu den Effekten der freien Mobilität von Arbeitnehmern in der EU auf das Wirtschaftswachstum und die Produktivität darauf hin, dass diese für die EU als Ganzes und insbesondere für die Zielländer vorteilhaft ist. Diese Vorteile hängen sowohl mit dem zusätzlichen Angebot an Arbeitskräften als Produktionsinput als auch – insgesamt gesehen – mit leichten Steigerungen der Arbeitsproduktivität zusammen, die etwa auf Spillover-Effekte beim Wissen und bei Kenntnissen oder auf ein erhöhtes Innovationspotenzial zurückzuführen sein können. Die Evidenz deutet jedoch auch darauf hin, dass die Herkunftsländer vergleichsweise weniger positive oder sogar negative Auswirkungen der Auswanderung auf makroökonomische Ergebnisvariablen zu verzeichnen haben, obwohl Rücküberweisungen

der Auswanderer in ihr Heimatland dazu beitragen können, diese nachteiligen Auswirkungen abzufedern. Daher scheint die freie Mobilität von Arbeitnehmern in Europa insgesamt eher zu einer Divergenz als zu einer Konvergenz der Wirtschaftsleistung und des Wohlstands, gemessen am Bruttoinlandsprodukt des Landes, beizutragen.

## 4. Brain Drain und Brain Gain

Migrationsinduzierte Humankapitaleffekte in Herkunfts- und Zielländern sind durch zwei zentrale Konzepte gekennzeichnet: „Brain Drain“ und „Brain Gain“ (vgl. etwa Boeri et al. 2012). In diesem Zusammenhang bezieht sich der Begriff „Brain Drain“ auf die Kosten, die den Herkunftsländern aufgrund des Verlusts von Humankapital durch hochqualifizierte Auswanderinnen und Auswanderer entstehen. Dazu zählen auch die fiskalischen Kosten, da die Aus- und Weiterbildung von hochqualifizierten Auswandererinnen und Auswanderern in der Regel aus öffentlichen Mitteln finanziert wurde, die Herkunftsländer jedoch nicht in vollem Umfang von den damit verbundenen späteren höheren (Lohn-)Steuereinnahmen dieser ausgewanderten Arbeitskräfte profitieren. Zusätzliche (kurzfristige) Produktionskosten können durch den ineffizienten Einsatz anderer Produktionsfaktoren in Abwesenheit der ausgewanderten Arbeitskräfte entstehen (Grubel und Scott 1966; Bhagwati und Hamada 1974).

Neben diesen negativen Auswirkungen auf das Humankapital in den Herkunftsländern werden in der neueren Literatur auch positive Effekte diskutiert.<sup>1</sup> Diese möglichen Effekte werden als „Brain Gain“ bezeichnet und entstehen hauptsächlich durch zwei Mechanismen. Erstens bietet die Möglichkeit der Auswanderung in wirtschaftlich weiter entwickelte Länder zusätzliche Anreize für die Bevölkerung in den Herkunftsländern, in ihr Humankapital zu investieren (vgl. etwa Beine et al. 2001; Beine et al. 2008). So ist es durch diesen Anreizmechanismus trotz einer gewissen Auswanderungsrate von Hochqualifizierten sogar möglich, dass das Humankapital in den Herkunftsländern im Vergleich zu einer Situation ohne Auswanderung und ohne jeglichen Investitionsanreiz zunimmt. Zumindest können die negativen Auswirkungen des „Brain Drain“ auf diese Weise abgeschwächt werden.

Zweitens führt auch Rückkehrmigration hochqualifizierter Arbeitskräfte in ihre Herkunftsländer zu einem „Brain Gain“. Rückkehrende Migranten verfügen tendenziell über einen höheren Humankapitalbestand als vor ihrer Abreise, da sie im Zielland wertvolle Arbeitserfahrungen sammeln konnten und möglicherweise Aus- und Weiterbildungen erhalten haben. Dieses zusätzliche Humankapital kommt dann wiederum den Herkunftsländern zugute (Mayr und Peri 2009).

---

<sup>1</sup> Unter der gleichen Bezeichnung wird mitunter ein „Brain Gain“ auch aus der Perspektive der Zielländer definiert, wenn diese zusätzliches Humankapital in Form zuwandernder Fachkräfte gewinnen.

Letztlich ist es jedoch eine empirische Frage, ob die beiden Mechanismen des „Brain Gain“ den „Brain Drain“ durch Auswanderung kompensieren können. Ob ein Herkunftsland ein Gewinner oder Verlierer von Auswanderung (und Rückkehrmigration) ist, hängt auch von länderspezifischen Faktoren ab, wie etwa der Anzahl und der Zusammensetzung der Auswanderer, dem wirtschaftlichen Entwicklungsstand sowie der Bevölkerungszahl, der Sprache und der geografischen Lage (Docquier 2014). Auch Rücküberweisungen von Auswanderern an Verwandte im Herkunftsland spielen eine Rolle.

Ein verwandtes Konzept in der Debatte über „Brain Drain“ und „Brain Gain“ ist die „Brain Circulation“. Zirkuläre Migrationsbewegungen ergeben sich aus der Tatsache, dass Migrationsentscheidungen nicht notwendigerweise einen permanenten, sondern eher einen temporären Charakter haben (Zimmermann 2014). Dementsprechend umfasst zirkuläre Migration die Weiterwanderung von Menschen und ihrem Humankapital in Drittstaaten oder die Rückkehrmigration von Auswanderern in ihre Herkunftsländer.

Nachfolgend werden die empirischen Befunde zu „Brain Drain“ und „Brain Gain“ vor allem im Kontext der EU-Binnenmigration diskutiert. Bei diesen Bewegungen handelt es sich weitgehend um Migrationsströme aus ost- oder südeuropäischen Ländern in west- oder nordeuropäische Länder. Dementsprechend deuten OECD-Daten über Auswanderer und „Expatriates“ aus dem Jahr 2004 darauf hin, dass zu den Regionen mit den weltweit höchsten Brain Drain-Raten Osteuropa und der Balkan gehören (neben Mittelamerika, der Karibik, Südwestasien und Subsahara-Afrika; Katseli et al. 2006).

Straubhaar und Wolburg (1999) haben eine frühe Studie der Auswirkungen der EU-Binnenmigration vorgelegt, welche die Migrationsströme aus mittel- und osteuropäischen Ländern nach Deutschland und ihre Auswirkungen in den Herkunftsländern analysiert. Die Autoren verwenden Daten aus der Eurostat-Arbeitskräfteerhebung, um die Auswirkungen der Ost-West-Migration nach Deutschland von 1992 bis 1994 zu ermitteln. Sie finden einen positiven Humankapitaleffekt der Zuwanderung in Deutschland und einen Brain Drain-Effekt in den osteuropäischen Herkunftsländern (Bulgarien, Polen, Ungarn, Rumänien, ehemalige Tschechoslowakei und ehemalige Sowjetunion). Mit Hilfe eines makroökonomischen Simulationsmodells zeigen sie zudem, dass der Anteil Hochqualifizierter in der Bevölkerung positiv mit aufkommenden internationalen Einkommensunterschieden zusammenhängt. Darüber hinaus nimmt die aggregierte (globale) Wohlfahrt zu, da in der Summe die Gewinne die Verluste übersteigen. Die Berücksichtigung der Rücküberweisungen hat keinen wesentlichen Einfluss auf die Ergebnisse der Studie, da die Höhe der Rücküberweisungen von Deutschland in osteuropäische Länder den „Brain Drain“ in diesen Herkunftsländern nicht vollständig kompensiert.

Mayr und Peri (2009) entwickeln ein theoretisches Modell, in dem Arbeitnehmer in einer weniger weit entwickelten Volkswirtschaft ein bestimmtes Qualifikationsniveau erwerben und anschließend eine Entscheidung über Migration und Rückkehr treffen. Auf der Grundlage dieses Modells werden die Auswirkungen einer gelockerten Migrationspolitik auf Humankapital und Löhne im Herkunftsland abgeschätzt. In diesem Zusammenhang werden die Veränderungen der

Migrationsbeschränkungen zwischen Ost- und Westeuropa zwischen 1990 und 2010 als ein natürliches Experiment ausgenutzt. Dabei stellen die Autoren einen deutlichen Brain Gain-Effekt für osteuropäische Herkunftsländer fest, der sowohl durch Rückkehrmigration als auch durch zusätzliche Investitionsanreize in Humankapital ausgelöst wird. Ihre Ergebnisse stehen somit im Widerspruch zu denjenigen von Straubhaar und Wolburg (1999) und stützen die empirische Relevanz beider theoretischer Mechanismen, die einem möglichen „Brain Gain“ in den Herkunftsländern zugrunde liegen.

Alcidi und Gros (2019) untersuchen in einer eher deskriptiven Analyse anhand von Eurostat-Daten die EU-Binnenmobilität und ihre Auswirkungen auf die Herkunftsländer. Sie zeigen, dass aus den neuen EU-Mitgliedstaaten in Ost- und Südosteuropa stammende Personen im erwerbsfähigen Alter (also im Alter von 20 bis 64 Jahren) im Jahr 2017 signifikant häufiger in einem anderen EU-Mitgliedstaat lebten als Personen aus den alten EU-Mitgliedstaaten (mit Ausnahme von Portugal). Der höchste Anteil an Auswanderern war in Rumänien mit 19,7% zu verzeichnen. Zum Vergleich: Nur 1,0% der deutschen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter lebte zu diesem Zeitpunkt in einem anderen EU-Mitgliedstaat. Diese Anteile berücksichtigen jedoch nicht die unterschiedlichen Qualifikationsniveaus, sodass diese Zahlen nicht sehr aussagekräftig im Hinblick auf einen möglichen „Brain Drain“ sind.

In einem nächsten Schritt analysieren die Autoren daher, wie sich der Anteil der hochqualifizierten Auswanderer zu dem Anteil der hochqualifizierten Menschen verhält, die in den wichtigsten europäischen Herkunftsländern bleiben. Dabei lässt sich für Bulgarien, Griechenland, Italien, Polen, Rumänien und Spanien in den Jahren 2007 und 2017 ein „Brain Drain“ beobachten. Es gibt jedoch Unterschiede in der zugrunde liegenden Dynamik: Während der „Brain Drain“ in Rumänien, Bulgarien und Polen in diesem Zeitraum abnahm, nahm er in Griechenland, Italien und Spanien zu. Die Nettomigrationsraten von Hochqualifizierten deuten ebenfalls auf einen „Brain Drain“ in Italien, Griechenland und Spanien hin, während im Vereinigten Königreich und in Deutschland positive Nettomigrationsraten von Hochqualifizierten zu beobachten sind. Die Autoren identifizieren klassische Push- und Pull-Faktoren als die Hauptursachen für die beobachteten Migrationsströme (also Unterschiede im Lohnniveau und in den Arbeitslosigkeitsraten, sowie Unterschiede in der Qualität der Institutionen und des Lebensstandards auf Basis von Daten des Social Progress Index).

Kaczmarczyk (2010) konzentriert sich auf die Auswirkungen der Auswanderung aus Polen nach der EU-Erweiterung im Jahr 2004. Auf der Grundlage einer deskriptiven Analyse der polnischen Arbeitskräfteerhebung zeigt er, dass der Anteil hochqualifizierter Auswandererinnen und Auswanderer aus Polen nach der EU-Erweiterung 2004 von 15% auf 20% deutlich gestiegen ist. Dabei ist der Anteil der hochqualifizierten weiblichen Auswandererinnen von 18% auf 27% gestiegen und der Anteil der hochqualifizierten männlichen Auswanderer von 12% auf 16%. Aus Polen ist der größte Anteil Hochqualifizierter in das Vereinigte Königreich ausgewandert.

In diesem Zusammenhang analysiert Kaczmarczyk (2010) zwei weitere Auswirkungen auf das Humankapital: „Brain Overflow“ und „Brain Waste“. Hierbei kann neben der Höhe der

Auswanderungsrate von Hochqualifizierten auch deren sektorale Verteilung für die Beurteilung eines möglichen „Brain Drain“ wichtig sein. Kaczmarczyk (2010) konzentriert sich auf die Auswanderung von medizinischem Fachpersonal und identifiziert in der Tat einen „Brain Overflow“ für Polen. In diesem Fall besteht im Herkunftsland zunächst ein Überangebot an hochqualifizierten Arbeitskräften in einem bestimmten Sektor. Daher erfolgt die Auswanderung einiger dieser hochqualifizierten Arbeitskräfte zu geringen oder gar keinen Kosten, da sie das vorherige Ungleichgewicht auf dem sektoralen Arbeitsmarkt des Herkunftslandes verringert. Kaczmarczyk (2018) spricht daher von einem „statistischen Brain Drain“ in Polen, da Auswanderer aus Polen im Durchschnitt über ein höheres Qualifikationsniveau verfügen als polnische Durchschnittsbürgerinnen und -bürger, aber die Zahl der Auswanderer in bestimmten Sektoren des polnischen Arbeitsmarkts dennoch nicht zu hoch erscheint.

Im Zielland, in diesem Fall im Vereinigten Königreich, beobachten Kaczmarczyk (2010) und Drinkwater et al. (2009) bei polnischen Einwanderern einen „Brain Waste“. Anhand von Daten der britischen Arbeitskräfteerhebung vergleichen Drinkwater et al. (2009) die Kohorte der Einwanderer in das Vereinigte Königreich kurz nach der EU-Erweiterung im Jahr 2004 mit anderen Einwandererkohorten. Es zeigt sich, dass vor allem polnische Einwanderer geringere Bildungsrenditen erzielen als Zuwanderer aus anderen Ländern. So arbeiten zugewanderte Polinnen und Polen oft unterhalb ihres Qualifikationsniveaus. Es bleibt jedoch unklar, ob diese polnischen Einwanderer langfristig im Vereinigten Königreich bleiben und wie sich in diesem Fall ihr Einkommensprofil im Zeitverlauf entwickelt.

Iacob (2018) untersucht die für Hochqualifizierte aus Rumänien relevanten Push-Faktoren, die zu ihrer Auswanderung führten. Im Rahmen einer Online-Umfrage, die in sozialen Netzwerken und per E-Mail verbreitet wurde, wurden 370 hochqualifizierte Rumäninnen und Rumänen befragt, die im Ausland arbeiteten. In der Stichprobe waren 60% der Befragten weiblich und das Durchschnittsalter betrug knapp 34 Jahre. Die meisten Befragten waren im Dienstleistungs- und Gesundheitssektor beschäftigt. Aufgrund der geringen Stichprobengröße und der nicht-zufälligen Auswahl der Befragten können die Antworten nicht als repräsentativ für rumänische Auswandererinnen und Auswanderer interpretiert werden und können nur Hinweise auf mögliche zugrunde liegende Mechanismen geben. Korruption, wirtschaftliche Instabilität und ein unbefriedigendes Einkommensniveau werden von den befragten rumänischen Auswandererinnen und Auswanderern als die drei wichtigsten Push-Faktoren genannt. Die drei häufigsten genannten Faktoren, die durch einen „Brain Drain“ in Rumänien beeinflusst werden, sind Rücküberweisungen, Immobilienpreise und Arbeitslosigkeit. Die drei wichtigsten Faktoren zur Verringerung des Brain Drain-Problems in Rumänien sind die Verringerung der Korruption, höhere Löhne und eine verbesserte Gesundheitsversorgung – sie spiegeln somit fast identisch die wichtigsten Push-Faktoren.

Das aus den Analysen der Abwanderung von Fachkräften im Kontext der Mobilität von Arbeitnehmern in der EU resultierende Gesamtbild weist auf einen relativ hohen Anteil qualifizierter



Migranten hin, die Volkswirtschaften mit relativ schlechten Arbeitsmarktaussichten für Besserqualifizierte (vor allem in Süd- und Osteuropa) verlassen, um Vorteile aus einer Beschäftigung in den dynamischeren und produktiveren Volkswirtschaften Mittel- und Nordeuropas zu ziehen. Wie sich diese Selektivität der Wanderungsströme beim Qualifikationsniveau auf makroökonomische Ergebnisvariablen auswirkt, und ob sie der Aufwärtskonvergenz abträglich ist oder nicht, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt unklar. Aus der Perspektive der Zielländer muss der „Brain Waste“ durch EU-Migranten, die unterhalb ihres Qualifikationsniveaus arbeiten, beachtet werden. Denn dies bedeutet, dass der gesamte volkswirtschaftliche Nutzen der Mobilität nicht realisiert wird. Gleichzeitig könnten die Herkunftsländer unter dem Verlust gutausgebildeter Spezialisten leiden, deren Beschäftigung inländischen Innovationen und dem dortigen Wirtschaftswachstum zuträglich sein könnte, sowie unter den verlorenen (öffentlichen) Investitionen in ihre Aus- und Weiterbildung. Zuverlässige Schätzungen über das Ausmaß solcher negativen Auswirkungen des „Brain Drain“ im EU-Kontext sind bislang kaum verfügbar; die wenigen einschlägigen Studien deuten jedoch eher darauf hin, dass diese Negativeffekt bisher nicht allzu groß ausfallen. Die potenziellen Kosten von „Brain Drain“ und „Brain Waste“ erfordern jedoch genauere empirische Analysen – ebenso wie ein potenzieller „Brain Gain“, der in den Herkunftsländern durch verstärkte Investitionen von Auswanderungswilligen in ihre schulische und berufliche Ausbildung oder durch temporäre Auswandererinnen und Auswanderer, die später mit einem höheren Qualifikationsniveau zurückkehren könnten, resultieren kann.

## 5. Fiskalische Effekte

Verhältnismäßig viele Studien zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen von Migration untersuchen die Folgen für die öffentlichen Haushalte. Da EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit mit dem Prinzip des gleichberechtigten Zugangs zu Sozialleistungen für Arbeitnehmer verbunden ist, wird häufig diskutiert, ob Wohlfahrtsstaaten mit einem relativ höheren Niveau der sozialen Sicherung verstärkt Zuwanderinnen und Zuwanderer anziehen könnten, die mit einer höheren Wahrscheinlichkeit Sozialleistungen in Anspruch nehmen. Länder, die auf diese Weise zu „Wohlfahrtsmagneten“ werden, könnten fiskalisch belastet werden, also weniger zusätzliche Einnahmen von den zugewanderten Arbeitsmigranten erzielen, als sie zusätzlich für Sozialleistungen ausgeben müssen (Borjas 1999; Verschueren 2014; Razin und Wahba 2015).

Inwieweit dies tatsächlich der Fall ist, ist eine empirische Frage. Prinzipiell betrachtet, hängt die Höhe des Nettofinanzierungsbeitrags von Arbeitsmigranten zu den öffentlichen Haushalten systematisch von verschiedenen Merkmalen der Migranten und der Zielländer ab (Vargas-Silva 2015). Auf der individuellen Ebene der Migranten sind die Integration in Beschäftigung sowie die Lohn- und Einkommenshöhe stark positiv mit dem Nettofinanzierungsbeitrag korreliert. Dies ergibt sich aus der in allen in der Praxis anzutreffenden Steuer-Transfer-Systemen enthaltenen intra-generationalen Umverteilung von Einkommensstärkeren zu Einkommensschwächeren.

Dieser Umverteilungsmechanismus impliziert auch: Arbeitsmigranten tragen in der Regel netto mehr zu den öffentlichen Haushalten bei als andere Migrantengruppen, wie beispielsweise Geflüchtete, die im Vergleich systematisch schlechter in den Arbeitsmarkt integriert sind. Besser qualifizierte Arbeitsmigranten leisten einen systematisch höheren Nettofinanzierungsbeitrag als schlechter qualifizierte Arbeitsmigranten. Dabei liegt der durchschnittliche Finanzierungsbeitrag der Arbeitsmigranten in der Tendenz allerdings unterhalb des Beitrags ähnlich qualifizierter einheimischer Arbeitskräfte, primär als Folge unvollständiger internationaler Übertragbarkeit von Humankapital und öfter vorkommender Beschäftigung unterhalb ihres Qualifikationsniveaus.

Eine zweite wichtige Determinante des Nettofinanzierungsbeitrags von Zuwanderern ist das Alter. Dies ergibt sich aus dem in praktisch allen Steuer-Transfer-Systemen eingebauten Generationenvertrag – die aktuell erwerbstätige Generation finanziert mit ihren positiven Nettofinanzierungsbeiträgen die laufenden Nettotransfers an die aktuell junge und alte Generation. Darum sollte bei der Evaluation des Finanzierungsbeitrags von Arbeitsmigranten zu den öffentlichen Haushalten im Idealfall berücksichtigt werden, dass sie beim Übertritt in den Ruhestand von Nettozahlern zu Nettoempfängern werden. Bilanzierungen, die lediglich auf den aktuellen Nettofinanzierungsbeitrag von Arbeitsmigranten abstellen, neigen zur Überschätzung positiver fiskalischer Effekte, weil diese Bevölkerungsgruppe in der Regel im Durchschnitt jünger ist als die einheimische Bevölkerung. Allerdings existieren nur relativ wenige Studien mit einer Lebensverlaufsperspektive (vgl. etwa Auerbach und Oreopoulos 2000; Bonin et al. 2000). Sie sind in Bezug auf Daten und die notwendigen Annahmen wesentlich anspruchsvoller als kurzfristige Bewertungen.

Ein Merkmal des Ziellandes, das die Nettofinanzierungsposition von Migranten systematisch beeinflusst, ist das Niveau der wohlfahrtsstaatlichen Absicherung. Dies zeigt sich etwa an der Breite des Angebots staatlicher Leistungen, im Niveau der Einkommensersatzleistungen oder an der Strenge der Voraussetzungen beim Zugang zu Sozialleistungen. Unter sonst gleichen Umständen sind in generösen Wohlfahrtsstaaten systematische kleinere Nettofinanzierungsbeiträge von Migranten zu erwarten als in weniger generösen. Eine zweite systematische Determinante der Nettofinanzierungsbeiträge ist die Art der Finanzierung des Sozialstaats. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Nettoposition von Migranten gegenüber dem Staat negativ ist, erscheint in eher beitragsfinanzierten Systemen kleiner als in eher über allgemeine Steuern finanzierten Systemen. In beitragsfinanzierten öffentlichen (Versicherungs-)Systemen ist der Zusammenhang zwischen den Zahlungen und Leistungen tendenziell stärker ausgeprägt. Entsprechend erwerben Migranten, die wegen einer schwächeren Arbeitsmarktintegration nur geringere Beiträge entrichten, auch nur geringere Sozialleistungsansprüche. Drittens sind stärker progressiv ausgerichtete Steuer-Transfer-Systeme mit einer im Vergleich zu Einheimischen relativ schlechteren Nettofinanzierungsposition von Migranten verbunden, sofern diese, wie häufig beobachtet, im Durchschnitt niedrigere Einkommen erzielen. Viertens sind die fiskalischen Nettobeiträge von Migranten tendenziell in Ländern mit Steuersystemen, in denen der Anteil der Kapitalsteuern höher oder der Anteil der Konsumsteuern niedriger ist, tendenziell niedriger. Schließlich ist die fiskalische Position von Migranten tendenziell in Ländern günstiger, in denen

der Niedriglohnsektor weniger stark ausgeprägt ist. Dies ergibt sich aus einem Selektionseffekt. In diesen Ländern können bei Arbeitnehmerfreizügigkeit nur vergleichsweise produktive Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt eintreten (Ruhs 2017).

Schätzungen zu den fiskalischen Effekten der Binnenmigration in der EU – insbesondere ländervergleichende Analysen – liegen bislang nur spärlich vor. Von der OECD (2013) stammt eine wichtige Benchmark-Studie, die den Beitrag der Zuwanderung zu den öffentlichen Finanzen für eine Reihe von europäischen Ländern bewertet. Allerdings differenziert diese weder nach der Art der Zuwanderung noch nach Herkunftsländern. Eine Schlüsselbotschaft dieser Studie lautet, dass die geschätzten kurzfristigen fiskalischen Auswirkungen der Einwanderung im Allgemeinen sehr gering sind und – ob positiv oder negativ – selten mehr als 0,5% des BIP in einem bestimmten Jahr während des Beobachtungszeitraums von 2007 bis 2009 ausmachen. Zugleich zeigen sich im europäischen Vergleich aber merkbare Unterschiede. Während in den meisten untersuchten EU-Mitgliedstaaten die zugewanderte Bevölkerung einen positiven Nettobeitrag zu den öffentlichen Finanzen leistet, sind Haushalte von Migranten in der Slowakei, Polen (Länder mit kleiner Zuwandererbevölkerung), Irland, Frankreich und Deutschland (Länder mit großer Zuwandererbevölkerung) im Durchschnitt Nettotransferempfänger.

Die OECD-Studie stützt zudem die Vermutung, dass neben dem Grad der intra- und intergenerationalen Umverteilung in den Steuer- und Transfersystemen die Struktur der zugewanderten Bevölkerung die gemessenen Unterschiede in den Nettofinanzierungspositionen systematisch prägen. Ein erster wesentlicher Faktor sind Unterschiede im Altersaufbau der Zuwandererbevölkerungen. Die laufenden aggregierten Nettoszahungen der Zuwanderer an die öffentlichen Haushalte sind dort kleiner, wo Zuwanderung ein altes Phänomen ist und die zugewanderte Bevölkerung entsprechend relativ alt ist. Ein zweiter Faktor sind Unterschiede im Bildungsniveau der Zuwanderer. Länder, in denen die positive Korrelation zwischen Bildung und Nettofinanzierungsbeitrag der Zuwanderer nur relativ schwach ausgeprägt ist, sind gekennzeichnet durch einen hohen Anteil von Zuwanderern, die unterhalb ihres Qualifikationsniveaus beschäftigt sind (wie Italien und Spanien), durch gut qualifizierte humanitäre Zuwanderer aus humanitären Gründen, die nicht zum Zweck der Aufnahme einer Beschäftigung gekommen sind (wie Österreich und Deutschland), oder durch hochqualifizierte Zuwanderer, die noch sehr jung sind und sich daher noch am Anfang ihrer Arbeitsmarktkarriere befinden. Diese Beobachtung unterstreicht auch die Bedeutung der Beschäftigungsposition, die Zuwanderer im Zielland erreichen, als unabhängige Triebkraft ihrer laufenden Nettofinanzierungsbeiträge zu den öffentlichen Haushalten.

Eine Reihe von Studien analysiert spezifische fiskalische Auswirkungen der EU-Binnenmigration für einzelne Zielländer. So schätzen Dustmann und Frattini (2014) die fiskalischen Nettobeiträge der Zuwandererbevölkerung im Vereinigten Königreich für jedes Jahr im Zeitraum von 1995 bis 2012, sowie seit 2001 spezifisch für Zuwanderer der jüngeren Vergangenheit. Die Ergebnisse stützen die Vermutung, dass die Zuwanderer aus dem Europäischen Wirtschaftsraum per Saldo

positiv zu den öffentlichen Finanzen im Vereinigten Königreich beigetragen haben. Im Gegensatz dazu haben während des Beobachtungszeitraums sowohl die Gruppe der Zuwanderer von außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums als auch die einheimische Bevölkerung mehr öffentliche Ausgaben verursacht, als sie an Einnahmen beigetragen haben. Die Evidenz spricht darüber hinaus dafür, dass die Gruppe der in der jüngeren Vergangenheit Zugewanderten – unabhängig von ihrer Herkunft – eine positive laufende fiskalische Nettosition eingenommen hat, obwohl die Staatsfinanzen während des Beobachtungszeitraums größtenteils im Defizit waren. Dustmann und Frattini (2014) zeigen auch, dass insbesondere die Zuwanderer der jüngeren Vergangenheit aus dem Europäischen Wirtschaftsraum dazu beigetragen haben, die fiskalische Belastung der Einheimischen erheblich zu verringern. Der Grund hierfür ist, dass die Kosten für die Bereitstellung fixer öffentlicher Güter auf eine größere Bevölkerung verteilt werden konnten.

In einer weiteren Studie bewerten Dustmann et al. (2010) die fiskalischen Auswirkungen der Zuwanderung in das Vereinigte Königreich aus den acht mittel- und osteuropäischen Ländern, die im Jahr 2004 der EU beigetreten sind. Sie stellen fest, dass diese Zuwanderer in jedem Fiskaljahr einen insgesamt positiven Nettofinanzierungsbeitrag zu den öffentlichen Haushalten geleistet haben. Die positive fiskalische Position der untersuchten Gruppe von Zuwanderern ergibt sich primär aus einer im Vergleich zu Einheimischen mit ähnlichen Merkmalen deutlich höheren Erwerbsbeteiligung. Infolgedessen haben die Zuwanderer aus den Beitrittsländern deutlich seltener Sozialwohnungen und öffentliche Fürsorgeleistungen in Anspruch genommen und zugleich überdurchschnittliche hohe Abgaben in Form von indirekten Steuern entrichtet.

Während die beiden zuvor angeführten Studien die fiskalischen Effekte der freien Mobilität europäischer Arbeitnehmer für den liberalen Typus des Wohlfahrtsstaats untersuchen, analysieren Martinsen und Rotger (2017) diese Effekte für den Typus des steuerfinanzierten universellen Wohlfahrtsstaats in Dänemark. Sie können sich dabei auf umfassende amtliche Registerdaten stützen, in denen gezahlte direkte Steuern sowie die Inanspruchnahme von Sozialleistungen und öffentlichen Versorgungsdiensten durch sämtliche in Dänemark ansässigen EU-Bürgerinnen und EU-Bürger für den Zeitraum von 2002 bis 2013 verzeichnet sind. Der Beobachtungszeitraum umfasst somit mehrere Phasen der EU-Erweiterung sowie den Übergangszeitraum, in dem Dänemark bis Mai 2009 die EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit umgesetzt hat. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass in Dänemark die Zuwanderer aus anderen EU-Mitgliedsländern einen substantiellen positiven Nettofinanzierungsbeitrag zu den öffentlichen Haushalten geleistet haben. Dabei waren die durchschnittlichen Nettofinanzierungsbeiträge pro Kopf über die Zeit recht konstant. Lediglich im zeitlichen Zusammenhang mit der Aufnahme neuer EU-Mitglieder im Jahr 2004 ist vorübergehend ein leichter, und im Zusammenhang mit der „Großen Rezession“ von 2008 bis 2010 ein stärkerer Rückgang der Nettofinanzierungsbeiträge der in Dänemark lebenden EU-Bürgerinnen und EU-Bürger zu verzeichnen. Die durchschnittlichen Nettofinanzierungsbeiträge sind sowohl für die Gruppe der EU-Bürgerinnen und EU-Bürger aus der EU-15 positiv, als auch für die Gruppe der EU-Bürgerinnen und EU-Bürger aus den neu beigetretenen

mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten. Die zweite Gruppe nimmt im Vergleich zur ersten Gruppe im Durchschnitt allerdings eine weniger positive fiskalische Position ein.

Dennoch stützen die Ergebnisse von Martinsen und Rotger (2017) nicht die Vermutung, dass der universelle Wohlfahrtsstaat Dänemark wie ein Wohlfahrtsmagnet auf Zuwanderer aus anderen EU-Mitgliedstaaten wirkt. Zum gleichen Ergebnis kommt Ruist (2014). Seinen Schätzungen zufolge war der Nettofinanzierungsbeitrag zu den öffentlichen Haushalten der Zuwanderer aus den zehn mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern in Schweden im Fiskaljahr 2007 nahe Null bis leicht positiv. Dieser Befund erscheint umso bemerkenswerter, da Schweden – anders als andere Länder der EU-15 – den Zugang von EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern zu seinem universellen Wohlfahrtsstaat von Anfang an nicht beschränkt hat.

Die erste ländervergleichende Studie zu den fiskalischen Effekten der EU-Binnenmigration in den Zielländern umfasst Österreich, Deutschland, die Niederlande und das Vereinigte Königreich und deckt den Zeitraum von 2007 bis 2013 ab (Bogdanov et al. 2014). Sie bestätigt wesentliche Befunde der oben diskutierten Länderstudien. Obwohl die untersuchten Länder unterschiedliche Typen von Steuer-Transfer-Systemen umfassen, ist der gemessene laufende Nettofinanzierungsbeitrag zu den öffentlichen Haushalten von Zuwanderern aus anderen EU-Mitgliedstaaten in allen Fällen positiv. Zudem bleiben die geschätzten Nettofinanzierungsbeiträge auch dann positiv, wenn man die Teilbilanz für das Alterssicherungssystem herausnimmt, die für Zuwanderer wegen ihrer günstigen Altersstruktur bei der in der Studie gewählten kurzfristigen Betrachtungsweise besonders positiv ausfällt. Eine Ausnahmeposition bei dieser alternativen Rechnung bilden die Niederlande, in deren Rentensystem eine bei demografischen Alterungsprozessen verhältnismäßig wenig anfällige steuerfinanzierte Grundsicherung im Alter eine zentrale Rolle spielt.

Eine weitere von Nyman und Ahlskog (2018) vorgelegte ländervergleichende Studie ist deutlich umfassender. Sie deckt fast alle Länder des Europäischen Wirtschaftsraums für den Zeitraum von 2004 bis 2015 ab. Die Befunde sind denen der oben diskutierten Studie der OECD (2013) sehr ähnlich. Die Nettofinanzierungsbeiträge der Zuwanderer aus anderen EU-Ländern bewegen sich in den meisten Mitgliedstaaten zwischen -0,5% bis +0,5% des BIP. In 23 der 29 untersuchten Zielländer liegen die durchschnittlichen Nettofinanzierungsbeiträge pro Haushalt bei den Zuwanderern im Bereich von 5.000 Euro über oder unter denjenigen bei den Einheimischen.

Weiterführende Analysen von Österman, Palme und Ruhs (2019) gehen der Frage nach, ob die Unterschiede der durchschnittlichen Nettofinanzierungsbeiträge der Zuwanderer aus anderen EU-Mitgliedstaaten in der EU-15 mit Unterschieden in der Generosität der Wohlfahrtsstaaten in einem systematischen Zusammenhang stehen. Die Ergebnisse unterstützen nicht die Hypothese, dass die Nettofinanzierungsbeiträge der Zuwanderer in Ländern mit einem stärkeren sozialen Sicherungsnetz systematisch weniger positiv (oder gar negativ) sind. Sie erklären diesen Befund dadurch, dass stärker ausgebaute Wohlfahrtsstaaten den Bürgerinnen und Bürgern zugleich höhere Steuer- und Abgabenlasten auferlegen. Davon tragen die Zuwanderer aus anderen EU-Ländern wegen ihrer relativ hohen Beschäftigungsquote einen im Vergleich zur einheimischen

Bevölkerung relativ hohen Anteil. Dieser Effekt wirkt in der Fiskalbilanz den vergleichsweise hohen Sozialleistungen entgegen, die Zuwanderer in stärker ausgebauten Wohlfahrtsstaaten erhalten.

Trotz der allgemein hohen Beschäftigungsquoten der Zuwanderer aus anderen EU-Ländern sind ihre Nettofinanzierungsbeiträge zu den Systemen der Arbeitslosenversicherung relativ gering, in einer Reihe von Mitgliedstaaten sogar negativ (Gschwind et al. 2019). Dies lässt sich dadurch erklären, dass sie im Vergleich zu Einheimischen, was das Lohnniveau und insbesondere das Arbeitslosigkeitsrisiko betrifft, im Nachteil sind. Die relativ schlechte fiskalische Position der EU-Zuwanderer in diesem Segment des Sozialsystems fällt jedoch bei der fiskalischen Gesamtbilanz kaum ins Gewicht, weil die Arbeitslosenversicherung allgemein nur einen geringen Anteil des staatlichen Sozialbudgets ausmacht.

Die bisher betrachteten Studien analysieren die fiskalischen Effekte von Zuwanderung. Alcidi und Gros (2019) weisen darauf hin, dass auch die Effekte von Abwanderung, wie sie insbesondere einige osteuropäische Mitgliedstaaten betrifft, Beachtung verdienen. Der Fortzug von Personen, die bisher einen positiven Nettofinanzierungsbeitrag zu den öffentlichen Finanzen geleistet haben, schwächt die öffentlichen Haushalte in den Herkunftsländern. Es wird schwieriger, die laufenden öffentlichen Ausgaben zu finanzieren und die vorhandene Staatsschuld zu bedienen. Infolgedessen könnten die betroffenen Länder in einen Teufelskreis geraten, wenn sie bei den Sozialausgaben und der Qualität der öffentlichen Güter sparen müssen und damit zusätzliche Anreize zum Fortzug erzeugen. Mehreinnahmen bei den indirekten Steuern auf den durch Rücküberweisungen finanzierten Konsum könnten den direkten negativen fiskalischen Effekten der Abwanderung von Personen mit positiven Nettofinanzierungsbeiträgen entgegenwirken. Andererseits könnte eine beschleunigte demografische Alterung, weil primär junge Menschen abwandern, Probleme mit der nachhaltigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen verschärfen.

Angemessene Berechnungen der fiskalischen Effekte von Abwanderung, insbesondere für die osteuropäischen Herkunftsländer der innereuropäischen Arbeitsmigranten, fehlen bislang. Die dafür zu lösenden konzeptionellen und datentechnischen Probleme sind enorm. So müssen indirekte fiskalische Effekte durch Rücküberweisungen in die Herkunftsländer, temporäre Migration und die transnationale Übertragung von Ansprüchen an die Sozialversicherungen empirisch gefasst werden.

Eine einfache makroökonomische Korrelationsanalyse von Cristea und Grabara (2019) deutet darauf hin, dass im Zeitraum von 2007 bis 2017 höhere Zahlen an Fortzügen mit niedrigeren Nettoeinnahmen der öffentlichen Haushalte verbunden waren. Sie zeigt allerdings keine negativen Skaleneffekte; sie liefert also keine Einschätzungen zu der wesentlichen Frage, ob als Folge der Abwanderung auch die Nettosteuerlast pro Kopf der zurückbleibenden Bevölkerung steigt.

Fasst man zusammen, entlastet Arbeitsmigration in vielen Konstellationen die öffentlichen Haushalte. In der Summe sind die positiven Nettofinanzierungsbeiträge der aus dem Ausland stammenden Arbeitskräfte und damit die fiskalischen Entlastungen für die einheimischen

Bürgerinnen und Bürger allerdings in der Regel nicht sehr groß. Hohe Beschäftigungsquoten und ein hoher Anteil von Fachkräften, wie sie für die EU-Binnenmigration typisch sind, verbessern die fiskalischen Effekte von Arbeitsmigration, hohe Raten von Beschäftigung unterhalb des eigentlichen Qualifikationsniveaus verschlechtern sie.

Ländervergleichende Analysen unterstützen bisher nicht die Vermutung, dass die besseren sozialen Netze in der EU-15 wie ein Wohlfahrtsmagnet auf Arbeitnehmer aus der EU-10 wirken. Sie deuten aber darauf hin, dass die osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten bislang nur relativ geringe fiskalische Vorteile aus der Zuwanderung von EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern ziehen. Wie sich die in diesen Ländern stärkere Abwanderung in das europäische Ausland auf die öffentlichen Haushalte auswirkt, ist so gut wie nicht erforscht. Zu vermuten sind unmittelbare fiskalische Belastungen, da ein hoher Anteil der fortziehenden Arbeitskräfte gut qualifiziert ist. Jedoch könnten Rücküberweisungen oder eine Rückkehr von Migranten, die durch einen temporären Auslandsaufenthalt an Humankapital gewonnen haben, indirekt auch positive fiskalische Effekte mit sich bringen. Sind diese indirekten Effekte nicht hinreichend stark, besteht ein Risiko, dass die EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit die relative fiskalische Position der Mitgliedstaaten, die netto mobile Arbeitnehmer abgeben, gegenüber den Mitgliedstaaten verschlechtert, die netto mobile Arbeitnehmer aufnehmen. Das heißt, die freie Mobilität von Arbeitnehmern könnte fiskalischer Aufwärtskonvergenz entgegenwirken – es sei denn, die in einer fiskalischen Gesamtbilanz der Arbeitsmigration für die EU vermutlich positiven Effekte würden über einen Finanzausgleich zwischen den Mitgliedsausgleich geeignet umverteilt.

## 6. Soziale und gesellschaftliche Folgen

Die Mobilität von Arbeitnehmern kann eine Reihe sozialer und gesamtgesellschaftlicher Folgen hervorrufen. Dazu gehören Veränderungen auf der Ebene der Individuen und der Haushalte sowie Veränderungen innerhalb der im Land verbliebenen Familien der Migranten. So sind Rücküberweisungen an Angehörige ein wichtiger Übertragungsmechanismus, durch den die Budgetrestriktionen der im Herkunftsland verbliebenen Familienmitglieder gelockert werden können. Daher können Rücküberweisungen wirtschaftlich relevante (meist positive, unter bestimmten Umständen aber auch negative) Effekte auslösen. Soziale Effekte können sich vor allem daraus ergeben, dass ausgewanderte Familienangehörige – in der Regel Männer als „Ernährer der Familie“ – in der im Herkunftsland verbliebenen Familie nun nicht mehr physisch präsent sind.

Auf gesamtgesellschaftlicher Ebene können sich negative Auswirkungen ergeben, wenn etwa auswandernde Eliten zu einer Destabilisierung der politischen Verhältnisse oder zu einer Schwächung der politischen oder wirtschaftlichen Institutionen beitragen. Dagegen können positive soziale und gesamtgesellschaftliche Auswirkungen beispielsweise daraus resultieren, dass Auswanderer, die weiterhin eine Verbindung zu ihrem Herkunftsland haben, den Menschen dort andere Sichtweisen und Kenntnisse über fremde institutionelle Modelle vermitteln. Da die

Literatur zu diesem Thema im Kontext der EU-Binnenmigration eher spärlich ist, werden in diesem Abschnitt auch Erkenntnisse aus anderen europäischen Ländern betrachtet.

Die Forschung zu den Auswirkungen der EU-Binnenmigration auf im Herkunftsland verbliebene Familien hat bisher vor allem Wanderungsströme außerhalb Europas untersucht, und dabei wiederum vor allem im amerikanischen und asiatischen Kontext (vgl. Antman 2013 für einen umfassenden Literaturüberblick). Das Hauptaugenmerk liegt auf den Auswirkungen auf die im Herkunftsland verbliebenen Kinder (vor allem im Hinblick auf ihre Bildungsergebnisse und die Entwicklung ihrer Gesundheit); es werden aber auch die Auswirkungen auf im Herkunftsland verbliebene Partner und Eltern analysiert. So werden beispielsweise der Transmissionsmechanismus von Rücküberweisungen und die damit möglicherweise verbundene Lockerung von familiären Budgetrestriktionen untersucht (vgl. etwa Alcaraz et al. 2012).

Um das Problem der Selbstselektion im Rahmen von Migrationsentscheidungen adäquat zu berücksichtigen (da die Auswanderungsentscheidung nicht zufällig erfolgt, sind Haushalte mit und ohne Migrationserfahrung in der Regel nicht ohne Weiteres vergleichbar), werden nach Möglichkeit natürliche Experimente wie etwa die Migrationslotterie in Neuseeland ausgenutzt, um kausale Effekte zu identifizieren (Gibson et al. 2011a, 2011b). Die Auswirkungen auf im Herkunftsland verbliebene Kinder fallen im Allgemeinen unterschiedlich aus und hängen davon ab, welches Elternteil (oder Familienmitglied) wie lange auswandert, welches Geschlecht das Kind hat sowie von weiteren Eigenschaften des Herkunfts- und des Ziellandes. Allerdings weisen diese Studien nur eine begrenzte externe Validität auf und sind insbesondere nur schwer auf den europäischen Kontext übertragbar. So ist etwa die wirtschaftliche Entwicklung der Herkunftsländer, die in der Literatur zumeist untersucht werden, in der Regel deutlich weniger fortgeschritten als in den europäischen Herkunftsländern. Außerdem sind die geografischen Entfernungen in Europa in der Regel viel geringer, und in „normalen“ Zeiten existieren (bis zu den mit der akuten COVID-19-Pandemie verbundenen Einschränkungen) keine Migrationsbeschränkungen zwischen den EU-Ländern – sieht man von den Übergangsregelungen im zeitlichen Umfeld nach der EU-Erweiterungen ab.

Nur wenige Studien untersuchen die Auswirkungen der Migration auf in Europa verbliebene Familienmitglieder. Rücküberweisungen werden dabei allenfalls als Nebeneffekt betrachtet. So analysieren etwa Giannelli und Mangiavacchi (2010) die Auswirkungen elterlicher Migration – hauptsächlich derjenigen des Vaters, da nur sehr wenige Mütter auswandern – auf verschiedene Bildungsergebnisse von in Albanien verbliebenen Kindern. Anhand von Daten des Living Standard Measurement Survey (LSMS) der Weltbank für das Jahr 2005 können die Autoren die Zeiträume rekonstruieren, in denen ein Elternteil des Kindes ausgewandert war. Die Ergebnisse deuten auf negative Auswirkungen hin: So nimmt die Wahrscheinlichkeit eines Schulabbruchs und einer verlängerten Schulzeit<sup>2</sup> mit der Auswanderungsdauer des Vaters zu. Diese Effekte sind

---

<sup>2</sup> Gemeint ist hier nicht eine verlängerte Schulzeit im positiven Sinne (also der Erwerb eines höheren Abschlusses), sondern eine unnötig und ineffizient verlängerte Schulzeit.



bei Mädchen und in ländlichen Gebieten stärker ausgeprägt. Die Studie geht davon aus, dass die Mechanismen, die hinter diesen Korrelationen stehen, in den traditionellen geschlechtsspezifischen Familienrollen in Albanien wurzeln, die dazu führen, dass im Falle eines abwesenden Vaters andere (meist ältere) männliche Familienmitglieder die Verantwortung für Bildungsentscheidungen übernehmen. Mädchen geraten oft bei diesen dann (noch stärker) traditionellen Mustern folgenden Entscheidungen ins Hintertreffen. Ein anderer Erklärungsansatz ist, dass abwesende Väter zu familiären Aufgabenumverteilungen auch an die Kinder führen, um die Abwesenheit durch Arbeit im Haushalt oder auf dem Feld auszugleichen. Auf diese Weise verbleibt ihnen weniger Zeit für schulische Belange. Die Studie geht jedoch nicht explizit auf Selektionsprobleme im Migrationskontext ein.

Während eine rumänische Studie (Pescaru 2015) ähnliche Schlussfolgerungen zieht wie Giannelli und Mangiavacchi (2010), gelangt eine weitere, neuere Untersuchung aus Rumänien zu anderen Ergebnissen (Botezat und Pfeiffer 2020). Pescaru (2015) und Botezat und Pfeiffer (2020) verwenden allerdings sehr unterschiedliche methodische Ansätze. Anhand einer nicht repräsentativen Befragung von wenig mehr als 100 Personen, deren Eltern für eine gewisse Zeit im Ausland gearbeitet haben, untersucht Pescaru (2015) verschiedene Auswirkungen dieser Auswanderungs-episoden auf die im Herkunftsland verbliebenen Kinder. Auch hier werden Aspekte selektiver Migration nicht berücksichtigt. Die Ergebnisse können daher nur als vage Hinweise auf mögliche Auswirkungen verstanden werden. So stimmen beispielsweise 90% der Befragten der Aussage zu, dass Kinder schlechtere Schulnoten erzielten, wenn ein Elternteil ausgewandert war.

Botezat und Pfeiffer (2020) nutzen repräsentative Daten von Gallup International für das Jahr 2007, um mit Hilfe eines Instrumentvariablen-Ansatzes die kausalen Auswirkungen einer mindestens einjährigen Auswanderung eines Elternteils auf die Bildungsergebnisse und die gesundheitliche Entwicklung ihrer Kinder zu untersuchen.<sup>3</sup> Ihre Ergebnisse deuten auf einen signifikanten positiven Effekt der Auswanderung mindestens eines Elternteils auf die Durchschnittsnote der in Rumänien verbliebenen Kinder sowie auf eine Verlängerung der Lernzeit für die Schule hin. Der letztgenannte Effekt wird jedoch nur bei Kindern in städtischen Gebieten beobachtet. Die Analyse zeigt aber auch, dass die Auswanderung mindestens eines Elternteils die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass Kinder an körperlichen Krankheiten oder Depressionen leiden. Diese negativen gesundheitlichen Auswirkungen sind bei Kindern in ländlichen Gebieten stärker ausgeprägt. Die festgestellten Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Gebieten stimmen insofern mit den Ergebnissen von Giannelli und Mangiavacchi (2010) überein, als Kinder in ländlichen Gebieten von der Auswanderung eines oder beider Elternteile offenbar negativer betroffen sind als Kinder in einem städtischen Umfeld.

---

<sup>3</sup> Eine Schwäche der Studie ist, dass Botezat und Pfeiffer (2020) nur Zugang zu Querschnittsdaten haben.

Mit Clifton-Sprigg (2019) liegt eine neue Studie vor, die Umfragedaten und administrative Daten aus Polen mit Informationen über Bildungsergebnisse und Episoden der elterlichen Auswanderung über einen Zeitraum von drei Jahren verwendet. Unter Ausnutzung der Längsschnittdimension dieser Daten kann der Autor einen kausalen Zusammenhang zwischen der Auswanderung mindestens eines Elternteils und den Schulnoten der in Polen verbliebenen Kinder herstellen. Aus einem Vergleich der Noten der Kinder einer Familie mit mindestens einem ausgewanderten Elternteil mit denjenigen von Kindern, bei denen dies nicht der Fall ist, zieht die Untersuchung den Schluss, dass die elterliche Migration einen positiven, aber nicht sehr großen Einfluss auf die Schulnoten hat. Dieses Ergebnis gilt insbesondere für Kinder, deren Eltern mindestens einen (mittleren) Schulabschluss haben, für Kinder, denen keine zusätzlichen Aufgaben im Haushalt zugewiesen wurden, sowie für Kinder, die eine elterliche Auswanderungsepisode von mindestens zwölf Monaten erleben. Letzteres Ergebnis bestätigt die Ergebnisse von Botezat und Pfeiffer (2020).

Zwei weitere deskriptive Studien untersuchen die Auswirkungen der elterlichen Migration auf die Lebenszufriedenheit und den Gesundheitszustand ihrer Kinder. Cortina (2014) analysiert die Auswirkungen auf die Lebenszufriedenheit von Kindern auf Grundlage von selbst erhobenen Umfragedaten aus Albanien und anderen Ländern. Befragt wurden Haushalte mit und ohne Migrationserfahrungen, sodass zumindest eine vergleichende Analyse durchgeführt werden kann, auch wenn die Stichprobengröße mit knapp 400 Beobachtungen relativ klein ist. Auch hier sollten die Ergebnisse daher als Korrelationen betrachtet werden. Die Ergebnisse zeigen, dass Kinder in Familien mit mindestens einem ausgewanderten Elternteil in Tirana eine statistisch signifikant niedrigere Lebenszufriedenheit aufweisen als Kinder in Familien ohne Migrationserfahrung. Diese Studie berücksichtigt jedoch ebenfalls nicht das Problem der Selbstselektion in der Migrationsentscheidung. Infolgedessen ist unklar, ob Kinder in den jeweiligen Familien möglicherweise schon vor der Auswanderung ihrer Eltern unzufriedener waren oder ob die Migration tatsächlich Unterschiede in der Lebenszufriedenheit verursacht.

Gassmann et al. (2013) verwenden repräsentative Haushaltsbefragungsdaten aus Moldawien, um Bildungs- und Gesundheitsergebnisse von Kindern aus Familien mit und ohne elterliche Migrationserfahrung zu vergleichen. Obwohl ihre Ergebnisse eher als deskriptive Korrelationen denn als kausale Effekte betrachtet werden sollten, sind Unterschiede in den verschiedenen Dimensionen des Wohlbefindens zwischen Kindern mit und ohne ausgewanderte Eltern statistisch nicht signifikant. Allerdings scheinen Kinder in Haushalten, in denen die Eltern aus dem Ausland zurückgekehrt sind, in besserer physischer und emotionaler Gesundheit zu sein als Kinder in Haushalten, in denen die Eltern (noch) nicht zurückgekehrt sind.

Auch Mendola und Carletto (2012) untersuchen die Auswirkungen von Migration auf im Herkunftsland verbleibende Haushaltsmitglieder, konzentrieren sich aber auf Partner statt auf

Kinder. Anhand von albanischen Daten des LSMS für das Jahr 2005<sup>4</sup> und unter Anwendung eines Instrumentenvariablen-Ansatzes stellen sie fest, dass in Haushalten, in denen der Partner gegenwärtig im Ausland lebt, die in Albanien verbleibende Frau mehr unbezahlte Arbeit und weniger bezahlte Arbeit verrichtet. Es ist jedoch wahrscheinlicher, dass Frauen einer selbstständigen Erwerbstätigkeit nachgehen, wenn ihr Partner in der Vergangenheit im Ausland gelebt hat. Dieses Ergebnis deutet darauf hin, dass Migration eine Veränderung der traditionellen Geschlechterrollen bewirken kann. Bei den im Herkunftsland verbliebenen Männern – einer Minderheit im albanischen Kontext – finden sich diese Zusammenhänge nicht. Darüber hinaus profitieren Frauen mit niedrigerem Bildungsstand stärker von der Migrationserfahrung ihres Partners als Frauen mit höherem Bildungsstand, da erstere mit größerer Wahrscheinlichkeit ihren Status von unbezahlter Arbeit in eine bezahlte Selbstständigkeit ändern.

Neben den direkten Auswirkungen innerhalb der Familie können die durch Migration induzierten Veränderungen auch auf gesellschaftlicher Ebene stattfinden. Solche Veränderungen werden in der Literatur oft als „soziale Rücküberweisungen“ (Grabowska 2018) bezeichnet und fußen auf der Annahme, dass soziale und kulturelle Werte unter anderem über die Rückkehrmigration vom Ziel- in das Herkunftsland übertragen werden können.

Neben Erkenntnissen aus qualitativen Studien (vgl. etwa White und Grabowska 2019) gibt es auch Erkenntnisse zu „sozialen Rücküberweisungen“ aus quantitativen Studien. So verwenden beispielsweise Careja und Emmenegger (2012) Umfragedaten, um die politischen Einstellungen von Rückkehrmigranten aus westeuropäischen Ländern und mittel- oder osteuropäischen Ländern mit denen von Personen aus mittel- oder osteuropäischen Ländern ohne Migrationserfahrung zu vergleichen. Die entsprechenden Ergebnisse zeigen, dass Rückkehrmigranten aus westeuropäischen Ländern mehr Vertrauen in die EU haben, sich mehr für die EU und für außenpolitisch relevante Nachrichten interessieren und eher an Europawahlen teilnehmen als ihre Landsleute im Herkunftsland ohne Migrationserfahrung. Da die Autoren das Problem der Selbstselektion bei Migrationsentscheidungen jedoch nicht berücksichtigen, bleibt unklar, ob die Meinungen und Einstellungen von Rückkehrmigranten aus westeuropäischen Ländern möglicherweise schon vor ihrer Auswanderung anders waren und sogar ein Grund für die Entscheidung gewesen sind, in diese Länder auszuwandern.

Barsbai et al. (2017) verwenden dagegen ein Quasi-Experiment einer Auswanderungswelle aus der Republik Moldau nach der russischen Finanzkrise von 1998, um die Wahlergebnisse der moldauischen Parlamentswahlen 2009 zu untersuchen. Unter Ausnutzung dieses quasi-experimentellen Rahmens und unter Berücksichtigung der Wahlergebnisse vor der großen Auswanderungswelle können die Autoren kausale Auswirkungen von Migration auf politische Präferenzen identifizieren. Ihre Ergebnisse zeigen, dass Regionen mit einem höheren Anteil an Auswanderern nach Westeuropa bei den Wahlen 2009/2010 einen statistisch signifikant

---

<sup>4</sup> Giannelli und Mangiavacchi (2010) verwenden die gleichen Daten.

geringeren Stimmenanteil für die Kommunistische Partei aufwiesen. Die Autoren interpretieren diese Ergebnisse als Hinweis auf einen Transfer sozialer und kultureller Werte über nationale Grenzen hinweg.

Zwei Studien, welche einen identischen Instrumentenvariablen-Ansatz verwenden, untersuchen die Auswirkungen von Migration auf Korruption in den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens (Ivlevs und König 2017) und in Moldawien (Höckel et al. 2018). Ivlevs und King (2017) verwenden Daten des Gallup Balkan Monitor für die Jahre 2010 und 2011 und stellen fest, dass Menschen in den jeweiligen Herkunftsländern, die Freunde oder Verwandte im Ausland haben, angeben, statistisch signifikant seltener Staatsbedienstete zu bestechen. Darüber hinaus empfinden sie korruptes Verhalten von Amtsträgern als weniger akzeptabel. Höckel et al. (2018) untersuchen Bestechungszahlungen an Lehrkräfte in Moldawien und stellen fest, dass Haushalte, in denen mindestens ein Elternteil ausgewandert ist, mit statistisch signifikant geringerer Wahrscheinlichkeit Bestechungsgelder zahlen als Haushalte ohne Migrationserfahrung. Beide Studien bestätigen somit die Vermutung, dass Migrationserfahrungen einen Einfluss auf die vorherrschenden sozialen Praktiken und auf die Einstellungen zu diesen haben können.

Nikolova et al. (2017) verwenden Daten der Gallup World Poll und zeigen, dass in Bulgarien und Rumänien verbliebene Personen, die Familie und Freunde im Ausland haben, ein höheres Maß an bürgerschaftlichem Engagement (welches durch geleistete Spendenzahlungen approximiert wird) und Freiwilligenarbeit aufweisen und eher bereit sind, Fremden zu helfen. Das bürgerschaftliche Engagement der im Herkunftsland Verbliebenen ist dabei ausgeprägter, wenn sich ihre Freunde und Verwandten in einem Zielland mit einem – im Vergleich zu anderen Zielländern – im Durchschnitt höheren Maß an bürgerschaftlichem Engagement befinden. Diese Korrelation kann – in Übereinstimmung mit den Ergebnissen zuvor diskutierter Studien – auf einen sozialen Übertragungsweg als wahrscheinlichen Mechanismus hinweisen. Diese Ergebnisse sollten jedoch nur als Korrelationen betrachtet werden, da der Querschnittscharakter der analysierten Daten keine kausale Interpretation zulässt.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Evidenz zu den sozialen und gesellschaftlichen Auswirkungen der Wanderungsströme innerhalb der EU immer noch spärlich ist. Die Literatur umfasst vor allem deskriptive Studien, während Studien, die kausale Effekte von Migration identifizieren, indem sie das Problem der Selbstselektion angemessen berücksichtigen, kaum verfügbar sind. Auf der Ebene der Haushalte ergibt sich ein recht gemischtes Bild hinsichtlich der sozialen Vor- und Nachteile, im Einklang mit entsprechenden Erkenntnissen aus einer größeren Literatur, die sich mit der Migration zwischen Entwicklungs- und Industrieländern befasst. Beispielsweise könnte ein im Herkunftsland verbliebenes Familienmitglied unter einem schlechteren Gesundheitszustand oder subjektivem Wohlbefinden leiden, aber die Auswanderung eines Haushaltsmitglieds könnte beispielsweise auch aufgrund von Rücküberweisungen dazu beitragen, Liquiditätsgengpässe zu überwinden und in bessere Bildung zu investieren. Was die Ergebnisse auf gesellschaftlicher Ebene betrifft, so deutet die eher spärliche Evidenz für den europäischen Kontext auf eine durch Migration ausgelöste Übertragung sozialer und kultureller

Werte (wie demokratische Einstellungen, Rechtsstaatlichkeit und Unterstützung von Anti-korruptionsmaßnahmen) über nationale Grenzen hinweg vom Zielland in die Herkunftsländer hin. In dieser Hinsicht könnte die Mobilität von Arbeitnehmer in der EU die Verbreitung von Grundwerten der Union erleichtern.

## 7. Schlussfolgerungen

Der Überblick über den aktuellen Wissensstand zu den möglichen Folgen der freien Mobilität von Arbeitnehmern innerhalb der EU für die europäischen Ziel- und Herkunftsländer zeigt, wie schwierig es ist, eindeutige Antworten auf die Frage zu geben, ob die Arbeitnehmerfreizügigkeit als Element des Europäischen Binnenmarkts die wirtschaftliche und soziale Aufwärtskonvergenz der Mitgliedstaaten fördert. Ein Grund hierfür ist, dass sich Effekte der Binnenmigration von Arbeitskräften auf vielen verschiedenen Zielebenen niederschlagen können; die Richtung der potenziellen Veränderungen auf diesen Ebenen ist dabei theoretisch betrachtet weitgehend unbestimmt. Darum ist man auf empirische Untersuchungen angewiesen. Die vorliegende Evidenz zu den Auswirkungen der freien Mobilität von Arbeitnehmern in der EU fußt jedoch meistens auf Fallstudien für bestimmte Länder zu einem bestimmten Zeitpunkt – deren Ergebnisse lassen sich kaum vom spezifischen Kontext so verallgemeinern, dass ein valides Gesamtbild für die EU entsteht.

Ein weiteres Problem ist, dass sich Ursache-Wirkung-Beziehungen im Kontext internationaler Wanderungsbewegungen nur schwer identifizieren lassen. Erstens haben Menschen bei ihren Entscheidungen darüber, ob sie zur Arbeit in ein anderes Land gehen oder nicht, ihre Erwartungen im Blick, wie sich dadurch ihre wirtschaftliche oder soziale Lage verändert. So ist davon auszugehen, dass Länder aufgrund relativ hoher Löhne oder stärkerer Nachfrage nach Arbeitskräften mehr Zuwanderung anziehen. Man darf also nicht ohne Weiteres schlussfolgern, dass diese Länder höhere Löhne oder eine stärkere Arbeitskräftenachfrage realisieren, weil sie mehr Zuwanderung anziehen. Die wahre Richtung der Kausalität lässt sich nur erkennen, wenn Umstände vorliegen, die zu so gut wie zufälligen Veränderungen der Migrationsströme führen – solche Umstände gibt es aber nur äußerst selten. Eine zweite Schwierigkeit ist, dass über Auswanderer viel weniger Daten vorliegen als über Einwanderer. Dies führt dazu, dass in der Literatur die Auswirkungen der freien Mobilität von Arbeitnehmern in der EU in den Zielländern viel besser untersucht sind als die Auswirkungen in den Herkunftsländern. Dies ist ein gravierendes Ungleichgewicht, weil negative Nebenwirkungen von grenzüberschreitender Arbeitsmigration eher in den Herkunfts- als in den Zielländern zu erwarten sind. Um die Folgen der Abwanderung von Arbeitskräften besser bewerten zu können, wären verstärkte Bemühungen der Mitgliedstaaten oder auf der EU-Ebene sinnvoll, das Abwanderungsgeschehen und die Merkmale und Motive der ins Ausland fortziehenden Bürgerinnen und Bürger genauer zu erfassen. Der Idealfall wären Längsschnittdaten, die es ermöglichen, dieselbe Person sowohl im Herkunftsland als auch im Zielland zu verfolgen, sie also vor und nach dem Wechsel über die Grenzen zu beobachten.

Bemühungen um eine Harmonisierung der Registerdaten zwischen den Mitgliedstaaten könnten ein hilfreicher erster Schritt in diese Richtung sein.

Wegen der oben skizzierten grundlegenden Probleme gibt es bis jetzt nur vereinzelte und uneinheitliche Evidenz dazu, welche wirtschaftlichen Auswirkungen mit der freien Mobilität von Arbeitnehmern in der EU verbunden sind; die sozialen und gesellschaftlichen Auswirkungen sind im Vergleich dazu allerdings noch schlechter beleuchtet. Dennoch lassen sich aus dem Stand der Forschung einige vorsichtige allgemeine Schlussfolgerungen ziehen:

- Die Auswirkungen aus der EU zugewandelter Arbeitskräfte auf die Beschäftigung und die Löhne einheimischer Arbeitskräfte in den Zielländern liegen nahe bei Null. Die von manchen befürchteten Verdrängungseffekte erscheinen nur schwach ausgeprägt. Sie betreffen allerdings, wo sie auftreten, vor allem Gruppen von Arbeitnehmern, die am Arbeitsmarkt ohnehin schon besonders gefährdet sind. Insgesamt gesehen kommen die Vorteile, die sich aus der Arbeitnehmerfreizügigkeit ergeben, in erster Linie den mobilen Arbeitnehmern selbst zugute. Sie erreichen in der Regel höhere Beschäftigungsquoten als vergleichbare einheimische Arbeitskräfte, und profitieren von Reallohnzuwächsen im Vergleich zu ihren Herkunftsländern – dies gilt, obwohl sie im Zielland einem erhöhten Risiko ausgesetzt sind, unter ihrem Qualifikationsniveau zu arbeiten. Wie sich eine Abwanderung von Arbeitnehmern auf die im Herkunftsland verbleibenden Arbeitskräfte auswirkt, ist bislang nicht ausreichend erforscht. Die wenigen vorhanden Studien deuten in die Richtung, dass die damit verbundene Verknappung des Arbeitskräfteangebots zumindest im Durchschnitt leicht positive Lohneffekte mit sich bringt.
- Der Gesamteffekt der Zuwanderung von EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern auf die öffentlichen Haushalte kann positiv oder negativ sein. Unabhängig vom Vorzeichen sind die fiskalischen Effekte der Zuwanderung in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in der Regel klein. Dazu tragen die hohen Beschäftigungsquoten in der Gruppe der aus anderen EU-Ländern zugewanderten Personen wesentlich bei. Fiskalische Vorteile für die Zielländer könnten noch größer sein, wenn Lohnnachteile abgebaut werden könnten, die insbesondere infolge unvollständiger Übertragbarkeit der im Herkunftsland erworbenen Qualifikationen, unzureichender Sprachkenntnisse (oder Mangel an anderem ziellandspezifischem Humankapital) sowie Beschäftigung unter dem eigentlichen Qualifikationsniveau entstehen. Bislang gibt es keine belastbare Evidenz dafür, dass zugewanderte EU-Bürgerinnen und EU-Bürger in den Mitgliedstaaten netto systematisch weniger zur Finanzierung der öffentlichen Haushalte beitragen, die über einen stärker ausgebauten Sozialstaat verfügen. Die einheimische Bevölkerung in den Zielländern kann von der EU-Binnenmigration über den direkten Finanzierungsbeitrag der Zuwanderinnen und Zuwanderer hinaus davon profitieren, dass die Finanzierung von öffentlichen Gütern und die Bedienung von Schulden auf mehr Köpfe verteilt werden kann. Von dieser Externalität profitieren allerdings bei progressiv gestalteten Steuersystemen vor allem die reicheren Einkommensschichten. Die fiskalischen Effekte der freien Mobilität von

Arbeitnehmern in den Herkunftsländern dürften sich entgegengesetzt zu denen in den Zielländern verhalten. Allerdings fehlen bislang valide Bilanzierungen der fiskalischen Nettowirkungen der Abwanderung von Arbeitskräften.

- Die Anteile von Fachkräften unter den von der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit Gebrauch machenden Migrantinnen und Migranten sind im Allgemeinen hoch. Das bedeutet auch, dass sich die durchschnittliche Qualifikation der Erwerbsbevölkerung in den Zielländern tendenziell verbessert, in den Herkunftsländern dagegen verschlechtert. Die veränderten Qualifikationsstrukturen verändern das jeweilige Potenzialwachstum, und zwar über die direkten Effekte der veränderten Verfügbarkeit von Arbeit als Produktionsfaktor hinaus (etwa infolge endogener Humankapitaleffekte oder veränderter Innovationsdynamiken). In der einschlägigen Literatur besteht weitgehend Konsens, dass die freie Mobilität von Arbeitnehmern in der EU das Bruttoinlandsprodukt im Europäischen Wirtschaftsraum insgesamt erhöht hat. Allerdings war ihr Einfluss auf die Wirtschaftsleistung (absolut und pro Kopf) der einzelnen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich. Wahrscheinlich haben sich die relativen Wachstumsmuster eher zum Nachteil der EU-Länder in Osteuropa verschoben.

Alles in allem machen diese Befunde deutlich, wie wesentlich es ist, bei der Diskussion um die wirtschaftlichen und sozialen Effekte der freien Mobilität von Arbeitnehmern in Europa die damit verbundenen Verteilungsfragen sorgfältig in den Blick zu nehmen. Zwar bringt die Arbeitnehmerfreizügigkeit der EU als Ganzes wahrscheinlich mehr Vorteile als Nachteile. Jedoch kann dieser Nettovorteil im Gruppenvergleich sehr ungleich verteilt sein. Mobile Arbeitnehmer profitieren tendenziell stärker als immobile, zugewanderte Arbeitskräfte eher als einheimische, ökonomisch und sozial besser gestellte Einheimische eher als schwächer gestellte, Zielländer eher als Herkunftsländer. Allerdings: Damit effiziente Mechanismen entwickelt werden können, um die mit der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit verbundenen Nettovorteile so umzuverteilen, dass die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in Europa eher abnehmen als zunehmen, sind zunächst noch viel besser gesicherte empirische Erkenntnisse über ihre vielfältigen wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Folgeerscheinungen erforderlich.

## Literaturverzeichnis

- Alcaraz, C., D. Chiquiar und A. Salcedo (2012). Remittances, schooling, and child labour in Mexico. *Journal of Development Economics* 97(1), 156-165.
- Alcidi, C. und D. Gros (2019). EU Mobile Workers: A challenge to public finances? Contribution for informal ECOFIN, Bucharest, 5-6 April, 2019. CEPS Special Report.
- Aleksynska, M. und A. Tritah, (2015). The heterogeneity of immigrants, host countries' income and productivity: A channel accounting approach. *Economic Inquiry* 53(1), 150-172.
- Alesina, A., J. Harnoss und H. Rapoport (2016). Birthplace diversity and economic prosperity. *Journal of Economic Growth* 21(2), 101-138.
- Antman, F. (2013). The impact of migration on family left behind, in A.F. Constant und K.F. Zimmermann (Hrsg.) *International Handbook on the Economics of Migration*, Edward Elgar, Northampton, MA, 293-308.
- Atoyán, R., L. Christiansen, A. Dizioli, C. Ebeke, N. Ilahi, A. Ilyina, G. Mehrez, H. Qu, F. Raeli, A. Rhee und D. Zakharova (2016). Emigration and its economic impact on Eastern Europe. IMF Staff Discussion Note 16/07, International Monetary Fund.
- Auerbach, A. J. und P. Oreopoulos (2000). The fiscal effect of US immigration: A generational accounting perspective. *Tax Policy and the Economy* 14, 123-156.
- Baas, T. und H. Brücker (2010). Macroeconomic impact of Eastern enlargement on Germany and UK: evidence from a CGE model. *Applied Economics Letters* 17(2), 125-128.
- Baas, T., H. Brücker und A. Hauptmann (2010). Labour mobility in the enlarged EU: Who wins, who loses?, in: M. Kahanec, K. F. Zimmermann (eds.), *EU Labour Markets After Post-Enlargement Migration*. Berlin et al., 47-70.
- Barrett, A. (2010). EU Enlargement and Ireland's Labor Market in: M. Kahanec, K. F. Zimmermann (eds.), *EU Labour Markets After Post-Enlargement Migration*. Berlin et al., 155-161.
- Barsbai, T., H. Rapoport, A. Steinmayr und C. Trebesch (2017). The Effect of Labour Migration on the Diffusion of Democracy: Evidence from a Former Soviet Republic. *American Economic Journal: Applied Economics* 9(3), 36-69.
- Beine, M., F. Docquier und H. Rapoport (2001). Brain drain and economic growth: theory and evidence. *Journal of Development Economics* 64(1), 275-289.
- Beine, M., F. Docquier und H. Rapoport (2008). Brain drain and human capital formation in developing countries: winners and losers. *The Economic Journal* 118(April), 631-652.



- Bhagwati, J. und K. Hamada (1974). The brain drain, international integration of markets for professionals and unemployment. *Journal of Development Economics* 1(1), 19-42.
- Blanchflower, D. G., Saleheen, J. und C. Shadforth (2007). The impact of the recent migration from Eastern Europe on the UK economy. IZA Discussion Paper No. 2615, Institute of Labor Economics (IZA), Bonn.
- Blanchflower, D. G. und C. Shadforth (2009). Fear, unemployment and migration. *The Economic Journal* 119(535), F136-F182.
- Blanchflower, D.G. und H. Lawton (2010). The impact of the recent expansion of the EU on the UK labor market in: M. Kahanec, K. F. Zimmermann (eds.), *EU Labour Markets After Post-Enlargement Migration*. Berlin et al., 181-215.
- Boeri, T., H. Brücker, F. Docquier und H. Rapoport (Eds.) (2012). *Brain drain and brain gain – The global competition to attract high-skilled migrants*. Oxford University Press.
- Bogdanov, L., A. Hristova, K. Yotov, E. Bruno, A. Valcke und T. Barber (2014). Fiscal impact of EU migrants in Austria, Germany the Netherlands and the UK. European Citizen Action Service.
- Bonin, H., B. Raffelhüschen und J. Walliser (2000). Can immigration alleviate the demographic burden? *Finanzarchiv* 57(1), 1-21.
- Borjas, G. J. (1999). Immigration and Welfare Magnets. *Journal of Labor Economics* 17(4), 607–637.
- Botezat, A. und F. Pfeiffer (2020). The Impact of parental labour migration on left-behind children's educational and psychosocial outcomes: Evidence from Romania. *Popul Space Place*. 26:e2277. <https://doi.org/10.1002/psp.2277>.
- Brenke, K., M. Yuksel und K. F. Zimmermann (2010). EU enlargement under continued mobility restrictions: Consequences for the German labor market in: M. Kahanec, K. F. Zimmermann (eds.), *EU Labour Markets After Post-Enlargement Migration*. Berlin et al., 111-129.
- Careja, R. und P. Emmenegger (2012). Making Democratic Citizens: The Effects of Migration Experience on Political Attitudes in Central and Eastern Europe. *Comparative Political Studies* 45(7), 871–898.
- Chiswick, B. R. (1980). The Earnings of White and Coloured Immigrants in Britain. *Economica*, 47(185), 81-87.
- Chiswick, C. U., B. R. Chiswick und G. Karras (1992). The Impact of Immigrants on the Macroeconomy. *Carnegie-Rochester Conference Series on Public Policy*, 37(1), 279-316.
- Cristea, L. A. und J. Grabara (2019). Fiscal impact of the migration phenomenon. *Journal of International Studies* 12, 144-159.

- Clemens, M. und J. Hart (2018). EU-Zuwanderung hat das Wirtschaftswachstum in Deutschland erhöht. DIW-Wochenbericht, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, 85(44) 955-963.
- Clifton-Sprigg, J. M. (2019). Out of sight, out of mind? The education outcomes of children with parents working abroad. *Oxford Economic Papers* 71(1), 73–94.
- Cortina, J. (2014). Beyond the money: the impact of international migration on children's life satisfaction: evidence from Ecuador and Albania. *Migration and Development* 3(1), 1-19.
- Docquier, F. (2014). The brain drain from developing countries. *IZA World of Labour* 2014: 31, doi: 10.15185/izawol.31.
- Docquier, F., Ozden, Ç. und Peri, G. (2014). The Labour Market Effects of Immigration and Emigration in OECD Countries. *The Economic Journal* 124, 1106–1145.
- Doyle, N., G. Hughes und E. Wadensjö (2006). Freedom of movement for workers from Central and Eastern Europe. Experiences in Ireland and Sweden. Swedish Institute for European Policy Studies (SIEPS), Report No. 5, Stockholm.
- Drinkwater, S., J. Eade und M. Garapich (2009). Poles apart? EU enlargement and the labour market outcomes of immigrants in the United Kingdom. *International Migration* 47(1), 161-190.
- Dustmann, C. und A. Glitz (2005). Immigration, jobs and wages: Theory, evidence and opinion. CEPR Report, London.
- Dustmann, C. und T. Frattini (2014). The fiscal effects of immigration to the UK. *The Economic Journal* 124, F593-F643.
- Dustmann, C., T. Frattini und C. Halls. (2010). Assessing the fiscal costs and benefits of A8 migration to the UK. *Fiscal Studies*, 31, 1-41.
- Dustmann, C., T. Frattini und A. Rosso (2015). The effect of emigration from Poland on Polish wages. *Scandinavian Journal of Economics* 117, 522-564.
- Elsner, B. (2013). Does emigration benefit the stayers? Evidence from EU enlargement. *Journal of Population Economics* 26, 531–553.
- Fassio, C., F. Montobbio und A. Venturini (2019). Skilled migration and innovation in European industries. *Research Policy* 48(3) 706-718.
- Friedberg, R. M. und J. Hunt (1995). The impact of immigration on host country wages, employment and growth. *Journal of Economic Perspectives* 9(2), 23–44.
- Gassmann, F., M., Siegel, M, Vanore und J. Weidler (2013). The impact of migration on children left behind in Moldova. UNU-MERIT Working Paper Series, No. 2013-043, Maastricht.

- Gaston, N. und D. Nelson (2002). The employment and wage effects of immigration: Trade and labour economics perspectives. In D. Greenaway, R. Upward und K. Wakelin (Eds.), *Trade, Investment, Migration and Labour Market Adjustment*, Chapter 12, pp. 201–235. Palgrave.
- Giannelli, G.C. und L. Mangiavacchi (2010). Children's schooling and parental migration: empirical evidence on the "left behind" generation in Albania. *Labour* 24(s1), 76–92.
- Gibson, J., D. McKenzie und S. Stillman (2011a). The impacts of international migration on remaining household members: omnibus results from a migration lottery program. *Review of Economics and Statistics* 93(4), 1297–318.
- Gibson, J., D. McKenzie und S. Stillman (2011b). What happens to diet and child health when migration splits households? Evidence from a migration lottery program. *Food Policy* 36(1), 7–15.
- Grabowska, I. (2018). *Social remittances: Channels of diffusion in White, A., Grabowska, I., Kaczmarczyk, P., und Slany, K., The Impact of Migration on Poland: EU Mobility and Social Change*. London: UCL Press, 68-89.
- Grubel, H. B. und A. D. Scott (1966). The international flow of human capital. *American Economic Review* 56(1/2), 268-274.
- Gschwind, L., P. Nyman und J. Palme (2019). Unemployment benefits, EU migrant workers, and the cost of social protection in European welfare states. REMINDER Project.
- Hanson, G. H. und M. Slaughter (2002). Labor Market Adjustment in open economies: Evidence from U.S. States. *Journal of International Economics*, 57 (1), 3-29.
- Hazans, M. und K. Philips (2010). The post-enlargement migration experience in the Baltic labor markets. In: Kahanec, M. und K. F. Zimmermann (eds). *EU Labor Markets after Post-Enlargement Migration*. Berlin: Springer, 255–304.
- Holland, D., T. Fic, A. Rincon-Aznar, L. Stoke und P. Paluchowski (2011). *Labour mobility within the EU – The impact of enlargement and the functioning of the transitional arrangements. Final Report. Study for the DG Employment, Social Affairs and Inclusion, European Commission*. London: National Institute of Economic and Social Research.
- Höckel, L., M. Silva und T. Stöhr (2018). Can parental migration reduce petty corruption in education? *The World Bank Economic Review* 32(1), 109-126.
- Hughes, G. (2011). *Free movement in the EU – The case of Ireland*. Friedrich Ebert Stiftung, Berlin.
- Iacob, R. (2018). Brain drain phenomenon in Romania: What comes in line after corruption? A quantitative analysis of the determinant causes of Romanian skilled migration. *Romanian Journal of Communication and Public Relations* 20 (2), 53-78.

- Ivlevs, A. und R. M. King (2017). Does emigration reduce corruption? *Public Choice* 171, 389–408.
- Jaumotte, F., K. Koloskova and S. C. Saxena (2016). Impact of migration on income levels in advanced economies, *Spillover Notes* No. 16/08, International Monetary Fund.
- Kaczmarczyk, P. (2010). Brains on the move? Recent migration of the highly skilled from Poland and its consequences in: *A Continent Moving West? EU Enlargement and Labour Migration from Central and Eastern Europe*, R. Black, G. Engbersen, M. Okolski, C. Pantiru (Hrsg.), Amsterdam University Press, 165–186.
- Kaczmarczyk, P. (2012). Labour market impacts of post-accession migration from Poland. In: *Free Movement of Workers and Labour Market Adjustment: Recent Experiences from OECD Countries and the European Union*. Paris: OECD Publishing, 173–194.
- Kaczmarczyk, P. (2018). Post-accession migration and the Polish labour market: Expected and unexpected effects in *The Impact of Migration on Poland: EU Mobility and Social Change*, White, A. I. Grabowska, P. Kaczmarczyk und K. Slany (Eds.), UCL Press, 90–107.
- Kahanec, M. und M. Pytliková (2017). The economic impact of east-west migration on the European Union. *Empirica* 44, 407–434.
- Katseli, L. T., R. E. B. Lucas und T. Xenogiani (2006). Effects of migration on sending countries: what do we know? OECD Development Centre, Working Paper No. 250.
- Lemos, S. und J. Portes (2013). New Labour? The Impact of Migration from Central and Eastern European Countries on the UK Labour Market. *B.E. Journal of Economic Analysis and Policy*, 14(1), 299–338.
- Martinsen, D. S. und G. Pons Rotger (2017). The fiscal impact of EU immigration on the tax-financed welfare state: Testing the ‘welfare burden’ thesis. *European Union Politics* 18(4), 620–639.
- Mayr, K. und G. Peri (2009). Brain drain and brain return: Theory and application to Eastern-Western Europe. *The B.E. Journal of Economic Analysis & Policy* 9(1), 1–52.
- Mendola, M. und C. Carletto (2012). Migration and gender differences in the home labour market: Evidence from Albania. *Labour Economics* 19, 870–880.
- Migration Advisory Committee (2012). *Analysis of the impacts of migration*. Migration Advisory Committee, London.
- Mishra, P. (2007). Emigration and wages in source countries: Evidence from Mexico. *Journal of Development Economics* 82(1), 180–199.
- Nikolova, M., M. Roman und K. F. Zimmermann (2017). Left behind but doing good? Civic engagement in two post-socialist countries. *Journal of Comparative Economics* 45, 658–684.

- Nyman, P. and R. Ahlskog (2018). Fiscal effects of intra-EEA migration. Deliverable 4.1, REMINDER Project.
- OECD (2013). The fiscal impact of immigration in OECD countries. In: International Migration Outlook 2013, Chapter 3, Paris: OECD Publishing, 125–189.
- Ortega, F. und G. Peri (2014). Openness and income: The roles of trade and migration. *Journal of International Economics* 92, 231–251.
- Östermann, M., J. Palme und M. Ruhs (2019). National institutions and the fiscal effects of EU migrants. REMINDER Project.
- Peri, G. (2016). Immigrants, productivity, and labour markets. *Journal of Economic Perspectives* 30(4), 3–30.
- Pescaru, M. (2015). Consequences of parents' migration on children rearing and education. *Procedia Social and Behavioral Sciences* 180, 674–681.
- Portes, J. und G. Forte (2017). The economic impact of Brexit-induced reductions in migration. *Oxford Review of Economic Policy*, 33(S1) S31–S44.
- Razin, A. und J. Wahba (2015). Welfare magnet hypothesis, fiscal burden, and immigration skill selectivity, *Scandinavian Journal of Economics* 117(2), 369–402.
- Ruhs, M. (2017). Free Movement in the European Union: National Institutions vs Common Policies? *International Migration* 55(S1), 22–38.
- Ruist, J. (2014). Free immigration and welfare access: The Swedish experience. *Fiscal Studies* 35, 19–39.
- Straubhaar, T. und M. R. Wolburg (1999). Brain drain and brain gain in Europe – An evaluation of the East-European migration to Germany. *Jahrbücher f. Nationalökonomie u. Statistik* 218(5+6), 574–604.
- Vargas-Silva, C. (2015). The fiscal impact of immigrants: taxes and benefits. In: B. Chiswick und P. Miller (eds.). *Handbook of the Economics of International Migration*, Vol. 1., Elsevier: Amsterdam, 845–875.
- Verschueren, H. (2014). Free Movement or Benefit Tourism: The Unreasonable Burden of Brey. *European Journal of Migration and Law* 16(2), 147–179.
- White, A. und I. Grabowska (2019). Social remittances and social change in Central and Eastern Europe: Embedding migration in the study of society. *Central and Eastern European Migration Review* 8(1), 33–50.

Zaiceva, A. (2014). Post-enlargement emigration and new EU members' labor markets. IZA World of Labor 2014: 40.

Zimmermann, K. F. (2014). Circular migration. IZA World of Labor 2014: 1.

Diese Publikation wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales kostenlos herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerbern oder Wahlhelfern während des Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Publikation dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Außerdem ist diese kostenlose Publikation - gleichgültig wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Publikation dem Empfänger zugegangen ist - nicht zum Weiterverkauf bestimmt.

Erstellt im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

Die Durchführung der Untersuchungen sowie die Schlussfolgerungen aus den Untersuchungen sind von den Auftragnehmern in eigener wissenschaftlicher Verantwortung vorgenommen worden. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales übernimmt insbesondere keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Untersuchungen.

Alle Rechte einschließlich der fotomechanischen Wiedergabe und des auszugsweisen Nachdrucks vorbehalten.